

Die Neue Armut – Ein Wahrnehmungsproblem?

mit

Martin Schenk, Markus Marterbauer, Alexander Maly, Ferdinand Lacina
Moderation: Helmut Spudich

Begrüßung
Rudolf Scholten

Montag | 30 Mai 2005 | 19.00 h

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog
Armbrustergasse 15 | 1190 Wien

Die „neue“ Armut

Armut in Industriestaaten ist ein oft schwer zu fassendes Thema. Anders als in Slums von Entwicklungsländern ist Armut bei uns nur teilweise sichtbar. Sie zeigt sich weniger darin, dass davon betroffene Menschen etwa kein Dach über dem Kopf hätten (obwohl wir uns auch an den Anblick von Obdachlosen anscheinend schulterzuckend gewöhnt haben) oder an Hunger leiden müssen (obwohl es auch das in unserer kalorienreichen Gesellschaft gibt). Armut kann heißen, dass Kinder keinen Internetanschluss daheim haben, weil dafür das Geld im knappen Haushaltsbudget fehlt oder dass sie kein Handy haben, um Teil ihrer SMS-verbundenen Freundesclique zu sein.

Solche Nachteile werden oft mit dem Hinweis darauf abgetan, dass dies ohnedies eine Art Luxus in unserer Gesellschaft sei. Aber ein solch absolutes Verständnis von Armut geht am Problem vorbei: Es geht um den Abstand, den die Armen zur Mitte des Wohlstands haben, und der wird größer. Ungeachtet moralischer Fragen führt diese Entwicklung zu einer Polarisierung unserer Gesellschaft, wachsenden sozialen Spannungen, letztlich innerem und äußerem Unfrieden - das 20. Jahrhundert hat uns darin eine Lektion erteilt.

Die eigentliche Gefahr ist, dass auf zynische Weise in dieser - stark mit Arbeitslosigkeit verknüpften - Entwicklung ein probates Mittel gesehen wird, um Löhne und Ansprüche niedrig zu halten und Einschnitte im Sicherheitsnetz zu rechtfertigen. Immer deutlicher wird "selber schuld" zur Botschaft an diejenigen, die den Anschluss verlieren. Einfache Antworten darauf wird es nicht geben. Möglich, dass die Einführung einer Grundsicherung das Sicherheitsnetz verstärkt; die Ursachen von Armut löst sie jedoch nicht. Dazu ist es nötig, das Problem überhaupt wahrzunehmen - was unsere Politik standhaft verweigert.

(aus Helmut Spudich: Wahrnehmungsproblem, ©Der Standard)

Martin Schenk

Sozialexperte bei Diakonie Österreich, Mitbegründer „Die Armutskonferenz“

Markus Marterbauer

Ökonom, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Alexander Maly

Sozialarbeiter, Schuldnerberatung des Fonds Soziales Wien

Ferdinand Lacina

Bundesminister für Finanzen a.D., Konsulent der Bank Austria Creditanstalt AG, Vizepräsident des Bruno Kreisky Forums

Helmut Spudich

Journalist, Der Standard

Gertraud Auer

Danke, dass Sie zu diesem Abend gekommen sind, dass Sie unsere Einladung angenommen haben. Ich darf sehr herzlich Gitti Ederer, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums begrüßen, und freue mich, dass auch Ferdinand Lacina, ein anderes Vorstandsmitglied heute am Podium mit dabei ist. Ich gebe gleich weiter an den Moderator, an Helmut Spudich, der Ihnen die Runde am Podium vorstellen wird und das Procedere des Abends begleiten wird.

Helmut Spudich

Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren. Schön, dass Sie gekommen sind trotz des heißen Maitags. Die neue Armut ist das heutige Thema. Vielleicht ganz bezeichnend, wir haben in unserer eigenen Vorbesprechung ein wenig darüber gesprochen, was der Anlass war, warum das so kam. Unsere Konstruktion war sinngemäß, dass es im Februar den Bericht zur sozialen Lage Österreichs der Bundesregierung gegeben hat. In dem ist ein Kapitel über

Armutsgefährdung. Und die tröpfelte dann so durch die Landschaft. Es hat nie einen Aufschrei, keinen der berühmten Gipfel gegeben. Wir hörten nur da mal eine Stellungnahme, dort mal eine Stellungnahme und so eine leise Diskussion über den Umstand, dass in diesem Land offensichtlich eine Million Menschen, auch offiziell eingeräumt, als armutsgefährdet gelten. Trotzdem ist die Beachtung dafür relativ gering. Und das ist wohl auch der Grund, warum wir heute Abend da sind und uns diesem Thema widmen.

Ich möchte Ihnen gern zuerst die Runde hier am Podium vorstellen. Ferdinand Lacina, der frühere Bundesminister für Finanzen, der eigentlich von der Struktur her einen der detailliertesten Einblick hat, Konsulent der Bank Austria-Creditanstalt und Vorstandsmitglied des Kreisky Forums. Martin Schenk, der Sozialexperte bei der Diakonie Österreich ist und ein Mitglied der Armutskonferenz. Ich glaube auch, dass die Armutskonferenz ein Thema ist, das Martin Schenk mit beantworten sollte, weil das ist ja etwas, was es schon relativ lang gibt. Es gibt eine Konferenz zum Thema und trotzdem noch nicht unbedingt die große Obsession mit dem Thema, wie uns z.B. Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren beschäftigt hat. Alexander Maly, der Sozialarbeiter ist und Chef der Schuldnerberatung des Fonds Soziales Wien. Markus Marterbauer, Ökonom am Wirtschaftsforschungsinstitut.

Das Procedere ist leicht erklärt. Wir wollen mit einem Gespräch hier starten und dann ein gemeinsames Gespräch mit Statements, Fragen und Diskussionspunkten haben, zu dem ich Sie herzlich einladen werde. Ich spreche gleich am Anfang einen Punkt an. Wir sind hier jetzt eine männliche Runde. Es sind fünf Männer, die diskutieren u.a. ein Thema, von dem es auch in der Berichterstattung immer wieder heißt, dass es ein weibliches Gesicht mehr als ein männliches Gesicht hat. Alleinerzieherinnen gehören zu den Gruppen von Menschen, die als besonders armutsgefährdet gelten oder in einem höheren Ausmaß. Auch Frauen in Pension, die weniger Pension im Schnitt haben als Männer. Dafür entschuldige ich mich. Ich hoffe, dass wir das aber sowohl durch die Inhalte als auch die Partizipation dann halbwegs wieder ins Lot bringen, wenn auch nicht ganz.

In medias res. Vielleicht können wir einmal damit anfangen. Ich würde gerne Martin Schenk als ersten bitten. Unser Thema heißt neue Armut. Das ist auch so ein Stichwort. Vielleicht können wir einmal anschauen, was ist denn eigentlich neu? Arm, glaube ich, sind Menschen in allen Zeiten und allen Geschichten gewesen. Arm kann bedeuten auf eine neue Art arm oder auch neue Menschen, die arm sind, also mehr Menschen, die arm sind. Vielleicht, Martin Schenk, könnten Sie uns mal anhand der Daten, die es gibt, versuchen zu umreißen, wovon reden wir. Wer ist arm? Es heißt ja auch immer armutsgefährdet. Arm ist offiziell überhaupt niemand. Wir sind immer nur armutsgefährdet. Wen betrifft es? Was sind die Daten in Österreich? Was sagt der Bericht zu sozialen Lage dazu? Dass Sie uns einmal in das Thema hinein führen.

Martin Schenk

So neu ist die neue Armut gar nicht, weil diese Debatte über die so genannte neue Armut eigentlich schon Ende der 1970er, Anfang der 1980er das erste Mal begonnen hat und die jetzige Armut, die als neue Armut bezeichnet wird, eigentlich noch immer die alte ist. Es sind auch fast die gleichen Gruppen betroffen, wie sie auch schon Anfang der 1980er Jahre betroffen waren, nur in einem viel verstärkteren und auch mengenmäßig, also auch quantitativ viel größeres Ausmaß. Ich sage Ihnen vielleicht kurz, wie das Konzept Armutsgefährdung, akute Armut ist, welche Leute betroffen sind, wie die Zusammenhänge sind mit den wichtigsten Lebensbereichen und wie die Entwicklung ist in den letzten Jahren.

Neu ist die Armut vielleicht deshalb, weil man sich damit abgrenzen wollte gegenüber Armutsdefinitionen, wie sie vielleicht eher bekannt in Ihren Köpfen herumspuken. Armut z.B. nach dem Krieg, wo man davon ausgegangen ist, dass ein großer Teil der Bevölkerung gleich arm war, also eine Mehrheit der Bevölkerung wenig Einkommen hat. Es grenzt sich auch ab vom Armutsbegriff einer Favela in Brasilien, wo die existenzielle Armut, d.h. Dach über dem Kopf, Hunger viel stärker ausgeprägt ist als in den reicheren Industrienationen. In den westlichen oder in den reichen Staaten meint man immer Armut im Reichtum, also das Leben unter Bedingungen des Mangels und mangelnde Teilhabemöglichkeiten. Da gibt es zwei Konzepte. Das eine ist das Konzept der Armutsgefährdung. Das geht rein von einem Einkommensbegriff aus und meint eigentlich Niedrigeinkommensbezieher im Vergleich zum Einkommensbezug eines durchschnittlichen Einkommens einer Bevölkerung. Das ist also ein relativer Begriff, ein relatives Einkommen. Da kommen diese eine Million Menschen heraus. Das sind in Österreich zur Zeit 780 EUR pro Person. Wer da drunter fällt, gilt als einkommensarm. Das ist noch nicht Armut. Das ist wichtig. Das wird in der Öffentlichkeit oft verwechselt. Da geht es um Armutsgefährdung. Wer also unter diese Schwelle fällt, hat ein hohes Risiko. Wenn irgendwas passiert, dass man arbeitslos wird oder dass irgendwas anderes in seinem eigenen Lebensumfeld ausfällt, dass man dann in die Armut stürzt. In der Armutforschung nennt man das akute Armut oder verfestigte Armut oder einfach Armut an sich.

Es kommt noch was zweites dazu zum Einkommen, nämlich sehr schwierige Lebenslagen, Mangellagen sind damit gemeint. Da gibt es Indikatoren. Ich sage Ihnen fünf, die wichtig sind für die Definition in Österreich und auch EU weit, wie sie jetzt festgelegt wurden. Das erste ist, wenn man in einer Substandardwohnung lebt oder in einer überbelegten Wohnung, also Familie mit 5 Kindern auf 40 m² z.B. Der zweite ist Überschuldung, also Mietrückstände, Kreditrückstände. Der dritte ist, abgenutzte Kleidung der Kinder nicht ersetzen zu können. Das sind meistens die Winterstiefel oder auch das Problem Schulanfang, wenn die neuen Sachen für die Kinder zu zahlen sind. Da sind oft die Familien bei uns in den Beratungsstellen. Der vierte Faktor ist Scham, sich nicht einmal einmal im Monat Freunde zum Essen nach Hause einladen zu können. Das klingt skurril, meint nicht, dass vielleicht zu wenig im Kühlschrank ist, weil irgendwas ist immer im Kühlschrank, sondern meint eher, dass man sich geniert, Leute zu sich nach Hause einzuladen und sein Privatestes, sein vielleicht auch am besten zu verschweigendes und zu versteckende Unglück öffentlich zu zeigen. Niemand will Verlierer sind in einer Welt der Gewinner. Der fünfte Indikator ist chronische Erkrankung oder bestimmte Stresserkrankungen, die bei Armen auftreten.

Wenn also jetzt beides zusammen kommt, also unter den 780 EUR plus mehrere dieser Indikatoren, dann spricht man von akuter Armut. Das trifft nicht mehr eine Million in Österreich sondern genau 460.000 Menschen laut neuem Sozialbericht. Das sind 5,6% der Bevölkerung. Ich operiere für den Begriff der Armut lieber mit diesen 460.000, weil sie stärker das Problem fokussieren als allein die Einkommensarmut. Die ist auch wichtig für eine Einkommensverteilung und für eine Verteilungsfrage und für Niedrigeinkommensbezieher und für eine Schere, die möglicherweise auseinander geht. Aber für den Begriff der Armut ist es besser beides zu kombinieren, mangelndes Einkommen und Lebenslagen, schwierige Alltagssituationen, wo Leute einfach nicht die gleichen Freiheiten haben wie andere Bevölkerungsgruppen.

Die Zusammenhänge. Einen Zusammenhang habe ich schon angedeutet. Der stärkste Zusammenhang von Armut ist der mit Gesundheit. Und der zweite mit Bildung. Es gibt noch andere, aber diese zwei sind die am stärksten ausgewiesenen. Wer längere Zeit in einer akuten Armutssituation lebt, hat auch eine wesentlich schlechtere Gesundheit, besonders die Kinder.

Da gibt es die Erfahrung, dass die armen Kinder von heute die chronisch Kranken von morgen sind. Wenn Kinder längere Zeit in Dauerarmut aufwachsen, nehmen sie diese Benachteiligung, die sie auf Grund der Erziehung oder auch auf Grund von mangelnder Fürsorge oder feuchter Wohnung z.B., wo immer Schimmel war, haben, mit ins Erwachsenenleben. Wir haben total viele Leute in den Beratungsstellen, meistens sind es Frauen, Alleinerzieherinnen, die die Kinder krank in die Schule schicken, weil sie keine Kinderbetreuung haben und weil sie nicht schon wieder Pflegeurlaub nehmen können, weil sie Angst haben den Job zu verlieren. Das kann sich auf die Gesundheit der Kinder natürlich nicht besonders super auswirken.

Zur Bildung sage ich nicht viel. Bei PISA war zu sehen, dass wir in Österreich, in den so genannten kooperatistischen Ländern, also Deutschland, Österreich, die eher ein bestimmtes Bildungssystem haben, es sehr schlecht schaffen, einkommensschwache Kinder durch das Schulsystem auch in höhere Ausbildungsstufen zu bringen.

Das letzte ist die Entwicklung. In den 1980er Jahren hat der Begriff begonnen, in der Sozialwissenschaft und ein bisschen auch in der Politik wieder Einzug zu finden. Die Entwicklung ist so, dass wir die wahrnehmbare Zunahme Mitte der 1990er Jahre erfahren haben. Sowohl in den Hilfseinrichtungen, in den Sozialeinrichtungen als auch in sozialwissenschaftlichen Studien hat man gemerkt Mitte der 1990er Jahre ist was in Bewegung gekommen. Mit 2000 hat es sich massiv verstärkt. In den letzten vier, fünf Jahren ist diese Entwicklung, die Mitte der 1990er Jahre los gegangen ist, massiv stärker geworden. Das hat natürlich was mit der Konjunktur zu tun, hat was zu tun mit einer bestimmten Wirtschaftspolitik, hat auch zu tun mit Sozialkürzungen, hat zu tun mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten, gerade Wohnen und Energie, zwei Bereiche, die in den Haushaltsausgaben von Ärmern ganz oben stehen. Je weniger Einkommen ein Haushalt hat, desto stärker nimmt der Bereich Energie und Wohnen vom Gesamteinkommen Besitz und desto weiter rutschen Ausgaben für Bildung und Mobilität hinunter.

Noch zwei Zahlen. Wir haben in den letzten Jahren eine massive Zunahme der Sozialhilfebezieher von 60.000 auf 100.000, was ich massiv finde. Die Daten in Wien sind zurück zu führen auf die Zunahme von Leuten, die erwerbstätig sind, aber so geringe Einkommen aus ihrer Erwerbstätigkeit ziehen, dass sie vom Sozialamt einen Ausgleich bekommen. Also ein neues Phänomen für Europa, ein Auftreten von working poor, was wir eher aus den USA oder aus England kennen. Unter diesen 100.000 Sozialhilfebezieher sind immerhin – etwas, wo man glaube ich, ansetzen muss und wo ich mir überlege, dass man rasch was tun muss – 30.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Spudich

Das letzte ist auch ein interessanter Punkt, weil ja das ein relativ harter Indikator ist, wenn mehr Sozialhilfe ausbezahlt wird, weil auch u.a. in den Verlaufsgeschichten der Eindruck entsteht, so richtig präzise kann man das in Wirklichkeit im Moment nicht sagen von diesen äußeren Indikatoren, ob das jetzt substantiell mehr wird oder nicht, wogegen ja diese letzte Zahl spricht. Was ich u.a. gefunden habe, war dieser Überblick, wo wir so zwischen 14% und 13% pendeln die letzten zehn Jahre. Das ist die Armutsgefährdung. Das ist schwierig, es wirklich zu fassen. Aber das ist doch eher ein Hinweis darauf, dass es hier eine substantielle Zunahme von Problemen gibt. Das wäre dann vielleicht auch gleich das Bindeglied zu Alexander Maly. Sie lernen in der Schuldnerberatung wahrscheinlich sehr konzentriert Leute kennen, die genau mit diesen Umständen kämpfen und die dann kommen, wenn ihnen alles zu viel ist und nichts mehr geht. Der Gedanke, der sich mir aufdrängt, ist, erstens einmal zu erfahren, was sind das für Situationen, damit wir sie von abstrakten Beschreibungen auf

konkrete bringen. Das andere ist, wird es auch für uns im Alltag sichtbarer? Z.B. hat die Zahl der Obdachlosen, die ich in meiner Gegend, U-Bahnstation Neubaugasse, sehen kann, damit Korrelation? Reden wir da vom selben Phänomen? Reden wir da von einem anderen Phänomen? Wie wird überhaupt, wenn überhaupt, Armut bei uns sichtbar auf der konkreten Ebene?

Alexander Maly

Grundsätzlich ist das Problem der überschuldeten privaten Haushalte in den letzten fünfzehn Jahren ganz stark angestiegen. Es hat eine Untersuchung im Jahr 1988 gegeben, die 1990 veröffentlicht wurde im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Damals wurde festgestellt, es gibt etwa 120.000 überschuldete Haushalte in Österreich. Überschuldet heißt, diese Haushalte können ihre finanziellen Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, nicht mehr pünktlich und regelmäßig erfüllen. Diese Studie ist 1990 veröffentlicht worden. Wir rechnen in der Zwischenzeit mit einer lockeren Verdreifachung der Zahlen. Wenn wir von 300.000 überschuldeten Haushalten reden, dann sind wir sicher am unteren Ende der Skala. Wenn man jetzt rechnet pro Haushalt 2,2 Personen statistisch gesehen, dann sieht man sehr schnell, dass man zu 10% der Bevölkerung kommt, die von Überschuldung betroffen sind. Ich zähle hier auch die Kinder dazu, die von Überschuldung betroffen sind. Das ist ein Phänomen, das in dieser deutlichen Ausformung vor allem eigentlich in Österreich zu bemerken ist. In Österreich gibt es ein Phänomen zu bemerken, nämlich die einkommensschwachen Haushalte sind höher verschuldet als in vergleichbaren Industrieländern. Wenn wir sagen, wie hoch sind die Industrieländer verschuldet, dann kommen ungefähr gleiche Zahlen heraus. Wenn Sie also hören, Österreich liegt im Mittelfeld bei der Privatverschuldung, dann sagt das alleine überhaupt nichts. Es ist das Problem, dass die Einkommensschwachen stärker verschuldet sind bei uns. Während der Mittelstand, der, wo ich sage, die können sich die Schulden noch so halbwegs leisten, oder die Oberschicht, die müssen meistens keine Schulden machen, weitaus weniger betroffen sind von der Verschuldung und auch vom Phänomen der Überschuldung. Jede Verschuldung, die stattfindet, hat auch ihre überschuldeten Menschen.

Ich möchte hier jetzt auch ein paar Zahlen nur einwerfen, dass Sie ein Gefühl bekommen, in welchen Dimensionen wir bereits reden. 2004 hat das Bundesministerium für Justiz über eine Million Anträge auf Lohnpfändungen Österreich weit und etwas über eine Million Anträge auf Gerichtsvollzieherpfändung gezählt. Man darf das nicht zusammenzählen und es heißt auch nicht unbedingt, das betrifft eine Million Menschen, sondern es gibt ja mehrere Lohnpfändungen oft gegen eine Person. Aber was klar ist auf Grund dieser Zahlen, wir können hier nicht mehr marginalisieren und sagen, das sind ein paar wahnsinnig gewordene Konsumenten, die außer Rand und Band geraten sind und einfach munter drauf los konsumieren. Da stimmt irgend etwas am System nicht. Ich möchte das oft geschmähte England, das vom Wirtschaftssystem her nicht wirklich ein Vorbild sein muss, aber doch heranziehen. Die haben im Jahr etwa 30.000 Lohnpfändungen. Da gibt es irgendein krasses Missverhältnis, wo es natürlich viele Erklärungsmöglichkeiten dazu gibt. Es ist viel Theorie dabei. Ich spinne selber gerne Theorien. Aber Tatsache ist, wir müssen uns dieser Realität irgendwann einmal stellen, sonst werden die Gerichte immer mehr beschäftigt und, was ja viel unangenehmer ist, wenn diese Menschen, die da betan werden über den Justizapparat, für die heißt das ja sehr Dramatisches. Was heißt eine Lohnpfändung? Wenn ich z.B. 1.500 EUR netto verdiene, dann können etwa 585 EUR weg genommen werden. Wir wissen außerdem, dass die Durchschnittverschuldung der Haushalte, die zu uns kommen, im Bereich von 50.000 EUR liegt. Rechnen Sie mit mir mit. 50.000 EUR, das ist schlecht verzinst, was im Verzug ist, ist meistens mit etwa 12% jährlich oder darüber verzinst. Wir nehmen 12% an, d.h. 1% pro Monat. 50.000 EUR und 1% davon sind wie viel? 500 EUR kommen Zinsen dazu bei einem Durchschnittseinkommen der Leute, die zur Schuldnerberatung kommen, zwischen

500 EUR und 1.000 EUR netto. Oder bei dem vorherigen Beispiel der Lohnpfändung, 1.500 EUR Einkommen netto ist für Schuldnerberatungsverhältnisse ein sehr gutes Einkommen, aber 580 EUR werden gepfändet, aber 500 EUR machen die Zinsen aus. Um heiße 80 EUR kommt dieser Haushalt monatlich von seinen Schulden herunter.

Das heißt, wir leisten uns offensichtlich ein System, eine ganz starke gerichtliche Eintreibung, die mitunter die Armutsfalle erst so richtig aufmacht. Wenn ich Menschen immer wieder habe, die zwar kein hohes Einkommen, aber ein Einkommen haben, von dem sie leben könnten, dann passiert es immer wieder, dass genau durch diese staatliche Intervention, durch dieses System der Lohnpfändung diese Absicherung eigentlich erschüttert wird. Ich rede gar nicht davon, dass diese Haushalte zusätzlich immer wieder den Besuch des Gerichtsvollziehers bekommen können. Was die wenigsten wissen ist, trotz Lohnpfändung dürfen alle Gläubiger, auch der pfändende, munter weiter Zinsen verrechnen, höhere als üblich, üblicherweise 5% mehr. Wir haben gesagt, 12% mindestens. Jeder Rechtsanwaltsbrief wird extra verrechnet, wird draufgeschlagen. Es wird also eine Situation hergestellt, die möglichst unausweichlich ist und möglichst irreversibel.

Wir haben den großen Vorteil in der Schuldnerberatung, dass wir seit 1995 den so genannten Privatkonkurs haben. Der hat eine Entspannung in dieser Situation gebracht. Aber auch hier muss man sagen, der Privatkonkurs ist gedacht für die, die zahlungsunfähig sind. Aber, um ihn in Anspruch zu nehmen, muss ich Zahlungsfähigkeit beweisen, sonst werde ich vom Gericht abgewiesen. Die paradoxe Situation tritt ein, wenn diejenigen, die momentan gar nicht zahlen können – und das sind sehr oft z.B. die allein erziehenden Frauen, die zu Hause sind, die leben vom Kinderbetreuungsgeld, vielleicht von Alimenten, auf jeden Fall kriegen sie die Familienbeihilfe, wenn die von dem Geld nichts abzwicken können, dann können sie auch die Schuldenregulierung nicht machen, den Privatkonkurs nicht machen. Ich habe gerade ein Gerichtsverfahren am laufen mit bereits drei Rechtsmitteln, die ich zwar bis jetzt gewonnen habe, aber das vierte läuft schon wieder, wo ich einfach nicht hinein komme, weil die Frau kann nichts zahlen. Ich probiere es hier einfach. Die hat nie ein Einkommen gehabt. Die hat einfach mitunterschieden beim Kredit des Mannes, ein durchaus übliches Szenario. Und die kommt jetzt nicht raus aus dem ganzen. Wie gesagt, diese Situationen treten nicht einmal sondern tausendfach eigentlich immer wieder auf.

Ich glaube, dass wir – aber da kommen wir dann später zur Diskussion – uns hier ganz dringend etwas überlegen müssen, noch dazu wo das einen unangenehmen Nebeneffekt hat. Wir haben in Österreich eine Eintreibungsrechtsprechung, in der Exekutionsordnung geregelt, die ihresgleichen sucht auf der ganzen Welt. Es gibt ein Institut – die, die etwas vom Recht verstehen, wissen es ganz genau -, die so genannte Drittschuldneranfrage. Das gibt es nirgendwo auf der ganzen Welt. Nur in Österreich. Das führt dazu, dass ich als Kreditgeber mir nicht sehr genau überlegen muss, kann die Person das überhaupt zurück zahlen. Ich kann mich auf die staatliche Eintreibung verlassen. Ich höre zu denken auf, gebe einen Standardkonsumkredit jedem, der kommt, und der Staat wird es mir schon eintreiben. Wir haben ein sehr unangenehmes System in Österreich, wo der Verkauf privatwirtschaftlich möglich ist, keine Einschränkungen. Ich kann einen Kredit an Jugendliche verkaufen. Das einzige, was ich riskiere, ist, dass diese Forderung rechtsunwirksam ist, dass ich im Fall einer Klage nicht Recht bekomme, meine Forderung nicht durchsetzen kann. Das ist das einzige, was ich riskiere. Eine Schweizer Bank, die an Jugendliche einen Kredit verkauft, riskiert ein Verwaltungsstrafverfahren. Im Wiederholungsfall geht der Geschäftsführer in Haft. Da ist der Verkauf geregelt. Bei uns ist der Verkauf nicht geregelt. Aber die Eintreibung ist sehr wohl stark. Es gibt Länder, die haben den Verkauf auch nicht geregelt, wie die USA. Aber dort funktioniert die Eintreibung nicht. Daher macht dort die Bank sehr wohl einen Bogen um die

ganz Einkommensschwachen. Bei uns nicht. Bei uns ist das nicht notwendig. Das ist ein Grundproblem.

Wenn wir da nicht dagegen etwas tun, dann werden die Zahlen steigen und steigen. Zu den gestiegenen Zahlen: 2004 hat es über eine Million Anträge auf Lohnpfändungen gegeben. Noch 2001 – da weiß ich es ganz genau, weil das habe ich in einem Buch niedergeschrieben – waren es nur 740.000. Also von 740.000 auf über eine Million in nur drei Jahren. Das sind Wachstumsraten, von denen die Wirtschaft träumen könnte.

Spudich

Ich würde es gerne weiter geben an den Ökonomen. Was machen wir aus diesen Dingen? Sind wir ein armes Land? Wir kommen ja immer wieder in diversen Statistiken an der Einkommensspitze in der EU vor. In vielerlei Hinsicht sind die Indikatoren die, dass wir kein armes sondern ein reiches Land sind. Was ist denn der Grund für diese Situation? Es gibt ja eine Statistik, wie die EU Relation ist von Armut bedroht und die Arbeitslosigkeit. Quer drüber kann ich keinen Zusammenhang finden. Ich finde Länder, die mehr Armutsbedrohung haben oder weniger Armutsgefährdung haben als Österreich mit höherer Arbeitslosigkeit und vice versa. Da purzelt irgendwie alles durcheinander. Man kann nicht so leicht sagen, es ist primär ein Problem der Arbeitslosigkeit. Wie sollen wir das ökonomisch einordnen, was hier passiert?

Markus Marterbauer

Martin Schenk hat ein gutes Stichwort gegeben, es ist Armut im Reichtum, den wir haben. Österreich hat einen Wohlstand gemessen im BIP pro Kopf je Einwohner, der 15% über dem Durchschnitt der alten EU Mitgliedsländer liegt. Das BIP und damit das Volkseinkommen, das in dieser Wirtschaft erwirtschaftet wird, ist in den letzten 25 Jahren um etwa 50% real gestiegen, d.h. die Gesellschaft wird immer reicher. Ich könnte jetzt noch eine Reihe von anderen Indikatoren anführen. Wenn Armut in einer Gesellschaft existiert, die immer reicher wird, dann ist aus meiner Sicht der relevante Begriff der der Verteilung. Dann geht es nicht mehr drum, sind da einzelne Personen jetzt arm – verschiedene Kriterien wurden angeführt –, sondern wie kommt es dazu, dass die Verteilung immer ungleicher wird. Und diesen Trend ungleicherer Verteilung können wir ganz bestimmt feststellen. In den verschiedensten Statistiken ergibt sich dieser Trend. Ich möchte ein paar zentrale Charakteristika dieses Trends anführen. Zum einen ist ein Phänomen, das seit etwa 25 Jahren kontinuierlich sich voran entwickelt, der Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen, d.h. die Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen in der Volkswirtschaft sinken von etwa 72% Anfang der 1980er Jahre auf 58% im Jahr 2004. Im Gegenzug muss irgendwas anderes steigen, wenn der Anteil der Löhne und Gehälter sinkt. Und das sind vor allem Besitzeinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Einkommen aus Finanzvermögen, also Zinseinkommen, Dividendeneinkommen, Einkommen der Freiberufler. Das sind die drei am stärksten steigenden Kategorien, wobei wir es im Detail nur bis 1997 sagen können, diese Aufteilung der nicht-Lohneinkommen. Dann reißen die Statistiken ab. Das ist ein Trend.

Ein zweiter Trend zu ungleicherer Einkommensverteilung ist, dass innerhalb dieser unselbstständig Erwerbstätigen die Einkommen immer ungleicher werden. Das kann man mit viel kurzfristigeren Daten noch belegen. Allein in den letzten sieben Jahren ist der Anteil der untersten 20% der Lohnsteuerzahler von 3% auf unter 2½% am gesamten Einkommen zurück gegangen. Das heißt, das unterste Fünftel verdient etwa 2½% aller Lohneinkommen, während der Anteil des obersten Fünftel vom 44 auf fast 46% gestiegen ist. Das oberste Prozent der Lohneinkommensbezieher verdient im Durchschnitt 15.000 EUR brutto pro Monat, die haben ihr Einkommen um 25% in den letzten sieben Jahren erhöht. Wir haben noch innerhalb der

Lohneinkommensbezieher eine enorme Auseinanderentwicklung der Einkommensverteilung. Wir haben auch dort ein Datenproblem, weil wir die Verteilung der Einkommen nach Personen praktisch nur für die unselbstständig Erwerbstätigen beantworten können. Für selbstständig Erwerbstätige liegen zwar Einkommen vor, aber die sind so unglaubwürdig, was wir aus der Einkommenssteuerstatistik bekommen können, dass jede Analyse diese beiseite legt.

Ein dritter Trend ist, dass die Fraueneinkommen in Relation zu den Männereinkommen geringer werden. Der Anteil sinkt von 69% etwa Mitte der 1990er Jahre auf jetzt 67%. Das hängt zum Teil mit der Arbeitszeit zusammen. Mehr Teilzeitarbeit, ob freiwillig oder unfreiwillig kann man dann diskutieren. Es hängt aber auch damit zusammen, dass Frauen in Branchen arbeiten, die schlechter zahlen. Wir haben im Handel ein Durchschnittseinkommen brutto pro Monat von 1.600 EUR, in der typischen Exportindustrie, Metallindustrie, wo die Männer arbeiten, 2.600 EUR. Die Erdölindustrie hat 3.200 Bruttomonatseinkommen im Durchschnitt. Das heißt, Frauen arbeiten in Branchen mit schlechteren Einkommen. Aber auch im Bereich dieser personellen Einkommensverteilung gibt es massive Datenprobleme, auf die ich hingewiesen haben.

Der nächste Bereich, wo wir auch glauben feststellen zu können, dass die Verteilung ungleicher wird, ist im Bereich der Umverteilung durch den Sozialstaat. Das ist ein Phänomen, auf das wir dann vielleicht noch genauer eingehen können. Da gibt es einige Hinweise darauf, dass hier weniger Umverteilung stattfindet, obwohl der Sozialstaat an sich sehr stark dem unteren Einkommensdrittel zu Gute kommt. 45% aller Sozialausgaben gehen ins untere Einkommensdrittel. Aber hier ist die Tendenz eher zu weniger Umverteilung. Da gibt es aber auch sehr große Datenprobleme, weil die letzte Studie, die die Umverteilungswirkungen des Sozialstaates analysiert, stammt aus dem Jahr 1996 und bezieht sich auf Daten aus dem Jahr 1991.

Weil Sie nach den Ursachen gefragt haben auch im internationalen Vergleich. Man kann tatsächlich nicht einen direkten Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut feststellen. Aber im internationalen Vergleich kann man ganz klar feststellen, dass die Länder, die relativ hohe Sozialausgaben haben, niedrige Armutsquoten haben. Der jüngste OECD Bericht vor ein paar Tagen zeigt da ganz klare Korrelation. Die Ökonomen können Regressionen drüber legen. Ein ganz klarer Zusammenhang, dort, wo die Sozialausgaben hoch sind – skandinavische Länder - , niedrige Armutsanteile. Dort, wo sie niedrig sind – USA, andere Länder – relativ hoher Armutsanteil. Und indirekt macht die Arbeitslosigkeit schon relativ viel aus, weil nämlich Arbeitslosigkeit dazu führt, dass die Lohneinkommen der betroffenen Personen längerfristig zurück bleiben. Man kann ganz deutlich zeigen, dass die Personen, die besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, das sind die mit nicht ausreichender Qualifizierung, im wesentlichen Leute mit Pflichtschulabschluss, dort ist die Arbeitslosenrate doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Die sind längerfristig auch armutsgefährdet. Von den Determinanten her, die Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktentwicklung ein zentraler Punkt. Der zweite Punkt, Sozialstaat und Sozialausgaben, auf die wir dann vielleicht noch genau eingehen können. Der dritte Punkt, das Bildungssystem, das bestimmt langfristig die Einkommensverteilung. Auch das wurde erwähnt. Und der vierte Punkt – ich glaube, das ist der wichtigste -, die Aufmerksamkeit, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf das Thema Verteilung und Armut setzt. Ein Indikator für das Ausmaß der Aufmerksamkeit ist, welche Daten beauftragt die Wirtschaftspolitik, die erhoben werden, dass man auf dieser Basis dann Politik machen kann. Wenn man im Bereich Verteilung die Daten anschaut, dann sieht man, dass die Aufmerksamkeit nicht besonders groß ist.

Welche Auswirkungen hat ungleiche Einkommensverteilung und steigende Armut? Vielfältige. Ich möchte nur auf einen Punkt eingehen. Ich glaube, dass die immer ungleichere Einkommensverteilung mit einem Phänomen ganz eng korreliert, das wir jetzt zunehmend doch auch in den Zeitungen lesen, nämlich mit den Ursachen der schlechten Wirtschaftsentwicklung in Europa. In den vergangenen drei, vier Jahren hat man gesagt, das ist die Globalisierung, wir sind nicht wettbewerbsfähig genug. Jetzt kommt man langsam drauf, dass, wenn es die Globalisierung wäre, man diese Schwäche der Wirtschaft irgendwie im Export merken müsste. Das ist aber nicht der Fall. Der Export ist das einzige, was noch wächst in unserer Wirtschaft, ob in Deutschland, in Österreich oder im Euro-Raum. Das Problem für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung ist die Schwäche der Binnennachfrage. In Österreich ist z.B. der private Konsum in den letzten vier Jahren im Durchschnitt nur um ein gutes halbes Prozent pro Jahr gestiegen. Immer ungleichere Einkommensverteilung führt zu dieser Schwäche im Konsum, weil die unteren Einkommensschichten praktisch hundert Prozent ihres Einkommens wieder ausgeben, während die oberen Einkommen hohe Sparquoten haben. Ein Beispiel: Wenn im oberen Einkommensdrittel das Einkommen um 100 EUR steigt wegen einer Steuerreform z.B., wird mehr als die Hälfte davon gespart. Da geht wenig wieder in den Konsum. Wenn die Einkommensverteilung immer ungleicher wird, dann führt das dazu, dass die Konsumnachfrage stagniert. Und damit haben wir wieder indirekte Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auf die Beschäftigung, die vom Wirtschaftswachstum abhängig ist.

Spudich

Danke für diesen Tour d'Horizon. Vielleicht nur ein Punkt. Eine der Geschichten, die hier positiv auffällt in diesem Sozialbericht, ist, dass Österreich eigentlich einiges unter dem Schnitt ist, also im unteren Drittel der EU 15. Besser sind die Schweden, die Niederlande, Finnland, Deutschland, Dänemark. Interessanterweise Deutschland, obwohl diese Jammerstimmung und Hartz IV und was alles wir an Informationen in den letzten Monaten hatten, trotzdem geringere Armutsgefährdung, obwohl das auch Daten sind, die aus 2003, 2004 kommen. Aber ist diese Reflexion realistisch? Ist es das, was Sie ansprechen mit, wir haben ein immer noch ausgebautes Sozialsystem als beispielsweise Griechenland, Portugal, Großbritannien und darum das relativ bessere Abschneiden?

Marterbauer

Ja. Das ist der Hauptgrund, diesen Zusammenhang, den ich von der OECD her zitiert habe.. Den besten Wohlfahrtsstaat haben die skandinavischen Länder, dort wo er umfassend ist. Dann gibt es die zweite Wohlfahrtsstaatskategorie. Das wird in der Literatur genannt der konservative Sozialstaat. Der ist stark am Erwerbseinkommen orientiert. Das ist Deutschland, Österreich, andere kontinentaleuropäische Länder. Und dann der Sozialstaat, der auf reine Armutsverhinderung orientiert ist. Das wäre der amerikanische oder z.T. britische Sozialstaat. Der führt zu hohen Armutsquoten. Das spiegelt dieses ranking wieder. Wir haben in Österreich immer noch einen relativ guten Sozialstaat, der auch gute Umverteilungswirkungen hat. Aber die Tendenz ist bei uns ungünstig, während interessanterweise in einigen Ländern, die an sich vom Niveau her viel schlechter sind, die Tendenz positiv ist, z.B. in Großbritannien. In Großbritannien kann man ganz klar sagen, dass in den letzten sieben, acht Jahren, seit Labour an der Regierung ist, eine doch merkliche, wirklich messbare Umverteilung zu Gunsten des unteren Einkommensdrittels stattgefunden hat. Da gibt es Studien. Durch die Änderungen im Steuer- und Transfersystem in den letzten sieben Jahren hat das untere Einkommensdrittel in Großbritannien um 13% sein Nettoeinkommen erhöhen können, auf Grund steuerlicher Anreize für untere Einkommensschichten, auf Grund höherer Ausgaben für Bildung und Gesundheit. Das zeigt auch ein bisschen die Spielräume der Wirtschaftspolitik.

Spudich

Danke. Ich würde gerne das Thema von dieser Faktenaufnahme, die natürlich immer auch schon ein gewisses Maß an Bewertung enthält, auf die Ebene bringen von, was ist denn eigentlich die politische Verantwortung in der Geschichte? Armut, das ist schon etwas, was Martin Schenk angesprochen hat, ist oft mit dem Faktor Scham verbunden. Mit anderen Worten, es wird privatisiert. Man ist selbst dafür verantwortlich, wenn es einem nicht gut geht. Gleichzeitig etwas, was auch im Vorfeld dieses Gesprächs eine Reaktion auf einen Kommentar von mir war, wenn man sagt, Armut kann darin bestehen, dass es für eine Familie nicht drinnen ist, dass der Jugendliche ein Handy hat, dann war die Reaktion sinngemäß, das ist sowieso Luxus und das brauchen wir nicht. Insofern stellt sich ja die Frage, wo und wie definiert das Gemeinwohl seine Verantwortung? Was davon ist individuelle Verantwortung? Was ist gemeinsame Verantwortung? Wie geht man diesen Grenzweg, es nicht genau zu wissen? Herr Lacina, ich hätte gerne, dass Sie aus Ihrer Erfahrung das mal anschauen.

Ferdinand Lacina

Danke sehr. Vielleicht nur am Anfang eine Bemerkung. Es wäre sehr spannend gewesen, wenn Gesine Schwan aus der Bundesrepublik Deutschland heute mit am Podium gesessen wäre. Sie war zwar eingeladen, konnte aber leider nicht kommen. Es hätte auch zumindest diese Uniformität durchbrochen und vor allem auch für eines gesorgt, nämlich dass tatsächlich der internationale Dialog, zumindest der zwischen Deutschland und Österreich, dann möglich gewesen wäre.

Wie sieht es aus mit der Verantwortung des Staates? Herr Marterbauer hat schon die Charakterisierung des österreichischen Sozialstaates dargestellt, der relativ ausgebaut ist. Von der Sozialquote her, also dem Anteil der Sozialausgaben am Budget, ist das eine relativ hohe Quote. Allerdings muss man gleich dazu sagen, es ist dieser Sozialstaat nach wie vor sehr traditionell, d.h. er setzt vor allem bei der Erwerbstätigkeit an, was auf der einen Seite die Beiträge betrifft, was auf der anderen Seite die Ansprüche betrifft. Das hat insbesondere dann seine Tücken, wenn es um gar nicht so viele Aspekte der neuen Armut geht, sondern wenn es um ganz spezifische Probleme geht, nämlich die wachsende Arbeitslosigkeit und der working poor. Wachsende Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Thema der Sozialversicherung und damit natürlich ein Thema des kollektiven Schutzes vor dem Abfall in Verelendung oder in Armut durch Arbeitslosigkeit, sondern es ist auch ein Thema der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die Frage, die sich sofort erhebt, ist die, tun wir auf der europäischen, tun wir auf der österreichischen Ebene genug, um Beschäftigung zu induzieren, um Beschäftigung zu fördern. Denn zweifellos ist Arbeitslosigkeit bei der Steigerung der Zahl Armer oder Armutsgefährdeter wahrscheinlich die Ursache Nummer eins.

Die Frage der Ansprüche. Es ist immerhin so, dass die Hälfte der Männer, aber 84% der Frauen Arbeitslosenbezüge erhalten. Das heißt also, Erwerbstätige, die versichert sind, die unter dem Richtsatz der Pensionsversicherung liegen, d.h. unter den bekannten Ausgleichsrichtsätzen, die als Lebensminimum für Pensionisten angesehen werden. Das zeigt natürlich schon, dass steigende Arbeitslosigkeit und entsprechende Reduktionen der öffentlichen Leistungen, der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung dann dazu führen, dass ein immer größerer Teil nicht nur Erwerbsfähiger sondern auch Erwerbsloser, natürlich in erster Linie Erwerbsloser, in die Sozialhilfe fällt. Es ist ein immer größerer Teil von Menschen, die nicht nur Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, sondern die auch zu den Sozialhilfebeziehern gehören. Und zwar nicht deshalb, weil sie dauernd arbeitsunfähig sind oder dauernd arbeitslos sind, sondern auch weil sie für eine bestimmte Zeit arbeitslos geworden sind. Dazu kommt das, was Herr Schenk vorhin genannt hat, die

working poor. Das hat natürlich mit Arbeitszeit zu tun. Das hat aber sicherlich auch damit zu tun, dass insbesondere die Fraueneinkommen außerordentlich niedrig sind. Und das ist natürlich schon ein österreichisches Phänomen, dass bei uns die Spreizung zwischen Männer- und Fraueneinkommen besonders groß ist, wobei die Zahl der Teilzeitarbeiter noch immer nicht den europäischen Durchschnitt erreicht. Die Erklärung dafür, dass die Fraueneinkommen so viel niedriger sind als die der Männer, nämlich um 40%, ist nicht und vor allem nicht in erster Linie darauf zurück zu führen, dass die Arbeitszeit unterschiedlich ist, obwohl ein großer Teil der Teilzeit natürlich Frauen trifft. Jetzt kann man drüber diskutieren, ob das freiwillig oder unfreiwillig ist. Aber wenn wir da auch z.B. von den skandinavischen Ländern noch einiges entfernt sind, was die Zahl von Teilzeitarbeitern betrifft und ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl, dann gibt es diesen starken Hinweis, dass hier andere Gründe auch eine Rolle spielen.

Zur generellen Sozialstaatsdiskussion, denn die haben wir ja seit geraumer Zeit. Ein guter Teil der Globalisierungsdiskussion ist ja nicht eine Frage der Globalisierung der Warenströme oder der Dienstleistungsströme, sondern ist in Wirklichkeit die Frage: übernehmen wir jene Modelle, die in Wirklichkeit ein Zurückstufen des Sozialstaates bedeuten sollen, in Zukunft? Insbesondere ist es ja das amerikanische Modell, das hier als prägend in der Globalisierungsdiskussion gesehen wird, und das hier auch empfohlen wird. Da gibt es natürlich eine ganze Reihe von Argumenten gegen die Umverteilungswirkung des Staatshaushaltes oder der öffentlichen Ausgaben und der öffentlichen Einnahmen, wobei sehr klar ist, dass die Neugier über die Umverteilungswirkung des öffentlichen Sektors nicht außerordentlich groß ist. Diese Untersuchungen, die periodisch vorgenommen worden sind und die vom Einsatz der wissenschaftlichen Kräfte relativ aufwändig sind, sind ja schon geraume Zeit her. Eine solche Untersuchung ist jeweils mit Beschluss des Parlaments durchgeführt worden. Ich möchte nur die für die Jahre 2000 bis 2003, - 25 Seiten in der Kurzfassung und auch einen neunten Punkt erfreulicherweise, „Verteilungswirkungen“. Dieser neunte Punkt war auf einer Seite zu finden, bestand allerdings nur aus einem Satz. Und den darf ich Ihnen vorlesen: „Die Verteilungswirkungen des Budgetprogramms sind so gestaltet, dass den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit bestmöglich Rechnung getragen wird.“ Sie sehen, 25 Seiten, neun Punkte, zweieinhalb Seiten pro Punkt im Durchschnitt, dass offenbar zu wenig Platz für weitere Ausführungen war. Was wir seit Jahren feststellen ist eines, dass die Abgaben, die der Staat einhebt, und zwar sowohl Sozialabgaben als auch Steuern, immer weniger Umverteilungswirkung haben. Ein Teil davon ist darauf zurück zu führen, dass die Unternehmenssteuern doch relativ stark im Anteil zurück gehen. Ein zweiter und vielleicht insgesamt noch wesentlich wichtigerer Teil ist der, dass bei der Art, wie wir unseren Sozialstaat finanzieren, die jeweiligen Defizite in der Sozialversicherung durch entsprechende Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge ausgeglichen werden. Diese Sozialversicherungsbeiträge haben nur eine sehr bedingt progressive Wirkung. Sie haben sogar ab der Höchstbemessungsgrundlage eine degressive Wirkung. Das heißt, es zahlt jemand, der 5.000 EUR im Monat verdient, nicht nur das selbe wie jemand, der 2.000 EUR verdient, sondern er zahlt weniger, weil ja die Sozialversicherungsbeiträge die Steuerschuld mindern und damit natürlich ein höherer Grenzsteuersatz de facto die Sozialversicherungsbeiträge reduziert. Was wir hier haben, ist ein immer stärker gleichmäßig belastendes System als Steuersystem. Aber auf der anderen Seite ist es so, dass zweifellos die öffentlichen Ausgaben viel stärker im Sozialbereich eine Verteilungswirkung von oben nach unten haben. Über öffentliche Leistungen wird im wesentlichen diese Umverteilungsfunktion der öffentlichen Hand erfüllt. Nicht nur, aber hauptsächlich. Das heißt aber auf der anderen Seite, dass jede Budgetkonsolidierung, die insbesondere bei der Kürzung öffentlicher Leistungen, bei der Kürzung staatlicher Leistungen ansetzt, in die Gefahr kommt, dass gerade jene Leistungen gekürzt werden, die dem unteren Einkommensdrittel oder dem untersten

Einkommenszehntel am stärksten zu Gute kommen. Das ist etwas, was man sicherlich beachten sollte.

Ein Punkt, den ich noch erwähnen möchte, ist der der Frage der Treffsicherheit, die auch in der Sozialdemokratie diskutiert wurde. Ist es sinnvoll, hin und her zu verteilen, damit eine relativ hohe Sozialquote zu haben, und bedeutet das nicht in Wirklichkeit eine Verschwendung öffentlicher Mittel, und ist das nicht leichter zu managen, wenn Treffsicherheit gegeben ist, wenn man jene fördert, die es wirklich brauchen? Das Problem ist nicht nur, dass es verschämte Armut gibt, sondern dass es natürlich da eine ganze Reihe von Fallen gibt. Die erste ist die, dass wir mit sehr verschiedenen Einkommensbegriffen operieren. Marterbauer hat auf die Unvergleichbarkeit selbstständiger und unselbstständiger Einkommen, bäuerlicher Einkommen und Einkommen von Arbeitern oder Angestellten hingewiesen. Wir kennen das aus der langen Diskussion über die Frage der Stipendien, dass es hier außerordentlich schwierig ist, mit großem bürokratischem Aufwand verbunden, um hier nur einigermaßen Vergleichbarkeit erzielen zu können. Die Nummer zwei ist, dass insbesondere dort, wo dann Anträge gestellt werden müssen, die Artikulationsfähigkeit eine Rolle spielt. Nicht nur die Frage, dass ich mich eigentlich nicht als arm deklarieren möchte, spielt ja schon bei der Sozialhilfe eine Rolle, sondern auch zu wissen, was man machen muss, wohin man gehen muss. In Zeiten des e-government spielt auch das eine immer größere Rolle, nämlich die Frage, wie transparent sind diese Regeln und wie bekannt sind sie den Menschen. Dass natürlich dann insbesondere jene, wo niedriger Bildungsgrad sich mit Armut verbindet, ganz eindeutig benachteiligt sind, liegt auf der Hand.

Was man der Stadt Wien der Zwischenkriegszeit und ihren Funktionären sicherlich nicht nachsagen kann, ist, dass sie nicht verteilungsbewusst waren. Und trotzdem ist damals eine der ersten Sachleistungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, das Säuglingswäschepaket, und zwar sehr bewusst jeder Mutter gegeben worden sowohl der Gattin des Generaldirektors als auch der Gattin eines Arbeitslosen. Und zwar einfach deshalb, weil sicherlich eine Administration nicht nur mehr kosten würde, sondern auch eines zu bedenken ist: Wir wissen, dass die Bereitschaft zur Solidarität enden wollend ist, und dass insbesondere ein Sozialsystem, das außerordentlich treffsicher wäre, in dem aber vielleicht 80% wissen, dass sie niemals an diesen Leistungen des Sozialsystems partizipieren würden, vielleicht auch nicht eine besondere Wertschätzung durch eine Mehrheit der Bevölkerung bekommen könnte. Das spielt mit eine Rolle.

Insbesondere möchte ich das noch einmal erwähnen: Es gibt natürlich die Möglichkeit einer Differenzierung, die viel diskreter und auch viel vernünftiger ist, nämlich die der öffentlichen Ausgaben. Es ist einfach ein Unterschied, ob ich den öffentlichen Verkehr massiv begünstige, ohne natürlich die Einkommenssituation der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel zu kennen. Aber wir wissen, dass natürlich da die Verteilungswirkung nach unten eine besonders hohe ist. Das wissen wir auch in anderen Bereichen, nicht zuletzt auch aus den Untersuchungen des Wirtschaftsforschungsinstituts. Das ist eine Sache, die man immer mit denken muss, wenn es heißt, Konsolidierungsprogramme, Einsparungsprogramme, endlich wird nicht bei den Einnahmen angesetzt, sondern endlich wird bei den Ausgaben ausgesetzt. Das kann natürlich dann genau jene treffen, die vielleicht jene, die sich darüber freuen, dass es Ausgabenersparnisse gibt, gar nicht treffen wollten. Auf das sollte man auch einmal hinweisen.

Spudich

Das war ja zwischen den Zeilen vorsichtig eigentlich schon sehr klar auf eine Aussagerichtung, ein relativ hohes Mass an staatlicher Verantwortung in dieser Frage. Das

wäre dann ein spannender Diskussionspunkt. Wie hoch ist dieses Ausmaß? Ich ziehe nur die Analogie, Säuglingswäschepaket heißt heute eigentlich Grundsicherung. Das wäre quasi das moderne Säuglingsversicherungspaket, das da durchspringt. Weil, wo fängt es an, wo hört es auf? Das war damals aus hygienischen Gründen und dergleichen klar. Aber was ist heute das entsprechende Säuglingsversicherungspaket? Ich würde gerne zunächst die Runde aufmachen für Statements, Fragen ans Podium aus dem Raum.

Frage

Ich lebe seit 15 Jahren in Österreich. Ich bin schon lange österreichischer Staatsbürger. Ich arbeite jetzt für die ausländische Presse. Ich habe zwei Fragen. Zuerst möchte ich nicht die Männerrunde kritisieren, aber ich glaube, dass z.B. für Frau Mag. Brigitte Ederer noch Platz wäre. Die Armut in Österreich ist gestiegen. Könnte es sein, dass der österreichische EU Beitritt in den letzten zehn Jahren zu dieser Armut geführt hat? Wie viele Menschen waren arbeitslos 1995 und wie viele sind es heute? Und wie viele arme Menschen gab es 1995 und wie viele sind es heute?

Die zweite Frage an Herrn Dkfm. Lacina. Dieses Nein der Franzosen könnte eine Reaktion der französischen Bevölkerung auf Armut in Frankreich sein wie in Österreich oder eine Reaktion gegen den EU Beitritt von diesen zehn Ländern voriges Jahr und von weiteren EU Beitrittsländern? Was meinen Sie politisch? Warum haben die Franzosen Nein gesagt?

Frage

Mein Name ist Gernot Orasche. Ich bin Jugendrichter und Wirtschaftsstaatsanwalt in Pension und Ehrenobmann der Schuldnerberatungsstelle in Kärnten. Herr Minister, wie Sie gesagt haben, dass der derjenige gefördert wird, der es wirklich braucht. Das ist ein ganz wichtiges Wort und ist leider Gottes in der heutigen Sozialgesetzgebung nicht immer verwirklicht. Es ist auch sehr richtig, Herr Marterbauer, wie Sie gesagt haben, dass sich die Befassung vom Lohnsektor mehr in die Selbstständigenära verlagert hat durch die vielen neuen Selbstständigen, die auch teilweise zu dieser Sparte der Armut gehören, weil sie vor allem diese fünf Kriterien meistens sogar zur Gänze aufweisen. Letztendlich ist es sehr wichtig, dass, wenn Neues in der Sozialgesetzgebung gemacht wird, wirklich alle Gruppen, auch jene Gruppen gehört werden, die durch irgendwelche lautstarke oder sehr schreiende Lobbies nicht vertreten sind. Kollege Maly, falls du dich erinnern kannst, zur Erörterung dieses Privatkonkurses hat es eine interministerielle Kommission gegeben, mit der wirklich alle Schichten befasst worden sind. Was da alles behandelt worden ist vom Kredit angefangen bis zu Kreditstock usw. Verschiedene Medikamente, die bisher ohne weiteres von den Krankenkassen bezahlt worden sind, sind einfach gestrichen worden, weil sie in die rote Box fallen. Wenn etwas derartiges vorkommt gerade bei jenen, die einkommensschwächer sind, dann muss das, wenn er das selbst zahlt und diese Aufwendungen sich erhöhen, zu Lasten des Konsums ganz eindeutig gehen. Wie sieht es aus mit jenen Leuten, die durch neue Gesetzgebung jetzt in die Armut abrutschen, weil sich der Aufwandsektor im eigenen Budget erhöht hat und der Einkommenssektor gleich geblieben ist? Ein zweites, was jetzt im Werden ist, ist für die neuen Selbstständigen, vor allem für die Künstler, die neuen Verwertungsgesellschaftsrichtlinien. Das Gesetz aus 1934 wird Gott sei Dank jetzt geändert. Aber in der Praxis ist es auch so, dass gerade bei diesen neuen Selbstständigen sehr viele Leute dabei sind, die einen Existenzkampf gegen die Armut haben. Und auf der anderen Seite sind die Leerkassettenabgaben usw., die teilweise in Verwertungsgesellschaften gehortet werden und nicht an die Betroffenen heran kommen. Das ist ein Punkt, der uns sehr stört, weil man diese Existenzsicherung, die der Gesetzgeber gemacht hat, einfach untergehen lässt. Da müsste man auch wirklich so etwas wie eine Kommission machen, die das übersieht. Als letzte Anregung möchte ich einwerfen, wie schaut es jetzt eigentlich innerhalb der EU aus? Es hat Ende der 1980er Jahre in Hamburg eine Konferenz über die Armut gegeben. Ich

habe seitdem nichts mehr gehört, dass die EU sich da sehr engagiert. Wäre aber notwendig, weil diese Problematik nicht nur dieses eine EU Land betrifft sondern eben alle.

Frage

Warum wird eigentlich das Einkommensgefälle nicht nachhaltig hinterfragt? Der englische Sozialmediziner Wilkinson hat eine sehr interessante Studie gemacht unter dem Titel „Kranke Gesellschaften“, und zwar in welchen Staaten, in welchen Gemeinschaften die Menschen am ältesten werden und am gesündesten leben. Und es sind zwei Faktoren. Einmal geringes Einkommensgefälle, und das zweite ein hohes soziales Netzwerk, Nachbarschaft, Familie, Arbeitsplatz, Solidarität und Kommunikation. Dieses Milieu geht verloren. Und keine Partei hinterfragt tatsächlich, wie das Einkommensgefälle ist. Es ist für mich als Psychologe undenkbar, dass die Leistung einzelner Menschen – das zehnfache würde ich noch gelten lassen – eins zu hundert oder eins zu fünfhundert bewertet wird. Das ist unredlich und ist nahezu Betrug und wirklich Hinterhältigkeit. Ich sage das mit der Deutlichkeit. Ein österreichischer Generaldirektor sagt, er verdient täglich eine Million Schilling. Ich weiß nicht, ob das er verdient oder seine Bank. Aber wie auch immer. In meinen Augen verdient er es sicher nicht. Das sind Illusionen, wie Feldherren Schlachten gewonnen haben oder ähnliches. Damit müsste man in einer Demokratie aufräumen.

Frage

Meine Frage gilt der so genannten Kultur der Armut. Gibt es eine Hoffnung? Kann z.B. ein Armer dafür sorgen, dass er dann später nicht arm wird? Wenn wir da über eine Mutter sprechen, die drei Kinder hat und kein Einkommen, und auch wenn die Kinderbeihilfe erhöht wird, wird sie in die Armut hinein geschaufelt, weil dann kann sie nicht mehr arbeiten, dann wird sie immer ärmer. Gibt es eine Möglichkeit, so wie wir gesehen in den 1950er, 1960er, 1970er Jahren, dass Leute arm waren, aber sie haben mehr gearbeitet, sie haben mehr geleistet, sie haben sich gebildet am Abend und haben nachher mehr verdient, oder sie haben mindestens ihre Kinder gebildet, und die Kinder sind dann nicht mehr arm gewesen. Gibt es heute noch diese Hoffnung oder gibt es sie nicht mehr für die Armen von heute?

Frage

Glauben Sie, dass ich arm bin? Können Sie sich das vorstellen? Ich bin es nach diesen Kriterien. Und ich finde, Betroffene müssten auch ein Wort mitreden in der ganzen Diskussion. Ich bin Frau und betroffen. Sie haben vorhin das mit dem Netzwerk angesprochen. Das ist etwas, wo ich ein Projekt im Kopf habe. Der alltägliche Überlebenskampf ist unvorstellbar, wenn man in eine solche Situation hinein gerät. Ich möchte auch sagen, es kann wirklich jedem passieren. Es ist durch ein Scheidungsverfahren passiert. Aber Sie werden das sicher am besten kennen, Herr Maly. Sie sind am ehesten persönlich mit den Leuten in Kontakt und wissen, was sich da im Alltag abspielt, was das heißt. Der Gerichtsvollzieher kann kommen, Pfändungen usw. Ich möchte ein Netzwerk gründen für betroffene Frauen. Ich nenne das wirklich survival club, weil es geht wirklich ums Überleben. Armut stigmatisiert, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Auch das habe ich am eigenen Leib erfahren müssen. Ich bin wieder gesund geworden. Man schwankt zwischen vollkommener Hoffnungslosigkeit, absoluter Depression, völliger Verzweiflung, man kann nicht mehr aufstehen, man kann sich kaum mehr bewegen, außer es kommt Wut. Wenn man dann Wut kriegen kann, dann wird man aktiv. Aus dem heraus ist eben diese Idee entstanden. Es hat auch schon Treffen gegeben. Aber meine Energien sind endlich. Ich bin auch auf Arbeitssuche und lauter solche Sachen. Wenn irgendjemand hier ist, der eine Idee hat, wie man diesen Klub unterstützen könnte, ich würde mich sehr freuen. Ich möchte das unbedingt umsetzen. Ich halte es für absolut notwendig, dass die Betroffenen aktiv werden und zwar jetzt nicht im Sinne von AlmosenempfängerInnen sondern im Sinne von Austausch.

Es gibt z.B. Situationen, ein ganz banales Beispiel, das für Frauen eine große Rolle spielt. Man kann sich nicht mehr leisten zum Frisör zu gehen. Wenn ich jetzt jemanden habe, der mir die Haare schneidet, und ich mache für ihn etwas anderes dafür. So ein Tauschprinzip. Aber nicht nur. Ich sehe da schon einen richtigen Klub, wo Frauen die Möglichkeit haben, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die sie sonst nicht bekommen können, die sie aber bitter notwendig bräuchten. Wenn ich z.B. lese über Managerprobleme, Stressbewältigung und alle diese Sache, bitte das haben Menschen, die von dieser Situation betroffen sind, zum Quadrat. Und ich habe nicht die Option zu überlegen, ob ich nicht einfach dieses Machtspiel sein lasse, mich zurück lehne und mich zurück ziehe irgendwohin. Sondern ich muss jeden Tag überleben. Ich kann mir keine Yogastunden leisten, ich kann mir keinen Tanzkurs leisten, ich kann nicht ins Theater gehen, ins Museum, das ist alles gestrichen. Das ist die Realität. Das wäre ein ganz wichtiger Ansatzpunkt bei den Betroffenen selber. Bei Frauen sind dann meistens auch Kinder mit betroffen. Wenn Sie vorhin von 30.000 betroffenen Kindern und Jugendlichen gesprochen haben, da sind meistens auch die Mütter mit betroffen.

Spudich

Das waren sehr viele verschiedene Dinge. Kurz in eine Zwischendiskussion. Vielleicht können wir auch bei den letzten Punkten anfangen. Sie haben beide auf sehr unterschiedliche Art und Weise vergleichbare Dinge angesprochen. Die Frage ist tatsächlich, wo ist die Selbstvertretung in dieser Geschichte? Ist sie nicht möglich? Wird sie nicht zugelassen? Was ist der Grund dafür? Das andere ist, gibt es auch so was wie arm zu sein, akut arm, aber halt einfach nicht hoffnungslos? Ist Armut gleich Hoffnungslosigkeit oder ist es ein Zustand, hoffentlich vorüber gehender Art, aus dem man wieder raus kommen kann? Vielleicht wollen wir einmal an der Stelle anfangen und uns dann durch die anderen Dinge durcharbeiten.

Schenk

Ihre Frage mit Kultur der Armut. Je höher die Armutsquote in einem Land ist, desto mehr Dauerarmut gibt es auch. Je höher die Rate liegt, je mehr die Zahl der Armen wächst, desto stärker ist auch das Risiko, dass die Leute länger in Armut sind. Und das hat alle Folgen, die Sie angesprochen haben. Je länger, desto schlimmer. Man muss schauen beim Sozialsystem, dass zwei Dinge passieren. Wenn unsere Gesellschaft wie ein Haus ist mit unterschiedlichen Stockwerken, und in diesen Stockwerken sind Reichtum und die Lebenschancen unterschiedlichst verteilt, dann braucht es zum einen nach unten eine Mindestsicherung oder Grundsicherung, dass niemand in den dunklen Keller fliegt. Aber das allein wäre zu wenig. Es braucht genau so Aufstiegschancen, offene Stiegenhäuser, Saft für die Aufzüge in dem Haus, damit man auch die Stockwerke wechseln kann, damit nicht bestimmte Personengruppen immer im untersten Stockwerk eingeschlossen bleiben. Das wird nämlich bei der Grundsicherungsdebatte immer vergessen. Das ist eher ein brutales Modell, das nur Grundsicherung schafft, also den Keller schützt, aber die Stiegenhäuser für die Leute absperrt. Das zur Kultur der Armut. Wenn wir jetzt steigende Zahlen haben – und die haben wir -, dann wird sich so was ausbilden müssen besonders für die Leute, die längere Zeit da drunter leben. Wenn die Aufstiegschancen zu sind, wenn es nicht geht, dass man gleich wieder einen Job findet oder gleich wieder raus kommt, dann muss man sich Netze finden, wo man überleben kann. Das ist halt die Ambivalenz.

Zum einen haben wir noch nicht diese Armutszahlen gehabt bis her. Ich sage das jetzt zynisch. Es gibt auch keine Tradition in der Form, was gibt es für Netzwerke, wie kann man Leute unterstützen. Es gibt keine Arbeitslosenanzwaltschaft, keine Arbeitslosenvertretung, keinerlei Formen von Selbstvertretung von armen Personen. Es wird sogar eher von offiziellen Behörden verhindert. Wir kämpfen seit Jahren, dass es endlich auf dem Arbeitsamt irgendeine Form von Anwaltschaft gibt. Das ist nicht möglich. Es werden uns irgendwelche

Ombudsmänner verkauft, die keiner will. Wir wollen eine Vertretung, die auch Rechte einklagen kann. Das gibt es nicht. Wie lange hat es gedauert, bis wir eine Patientenadvokatur im Krankenhaus gehabt haben. Die obrigkeitliche Tradition des Landes wirkt sich da noch einmal weiter fort, besonders bei Leuten, die ohnehin keine Chancen haben. Wir haben versucht, diese Tauschsysteme zu stärken. Das gibt es am Schöpfwerk. In manchen Gemeindebauten versuchen die Benachteiligten über Dienstleistungsaustausch ein bisschen was zu schaffen. Wir haben versucht, einen Kulturpass aufzulegen, wo man kostenlos ins Theater, Kino gehen kann. Das sind natürlich alles Krücken für den Versuch, Leuten zu helfen, die ganz unten sind, um wieder raus zu kommen.

Spudich

Laufen wir nicht Gefahr, dass wir damit aus diesem Gedanken der Kultur der Armut wirklich eine Kultur der Armut machen im Sinne von, man wird zu einer ethnischen Gruppe, ist gleich Österreicher mit Armut? Das wäre dann die politisch korrekte Bezeichnung. Genau das, was Sie sagen, was nicht passieren sollte, dass wir aber institutionalisieren, indem wir Tauschsysteme und Grundsicherung und dergleichen mehr haben. Wir nehmen auch jeden Druck aus der Situation heraus und sagen wunderbar, du kannst dich hier einrichten, das ist die Grundsicherung, das ist das Tauschsystem, passt. Ist das nicht eine Gefahr, die da drinnen steckt?

Maly

Ich bin auch sehr kritisch gegenüber diesen Vorschlägen, weil ich sehe, dass manchmal mit viel Aufwand etwas auf die Füße gestellt wird, dass man viel leichter auch erreichen könnte. Alleine, wenn ich sehe in der praktischen Arbeit, wie viel Intelligenz verwendet wird, um eine Situation herzustellen, die für die Betroffenen unumkehrbar zu sein scheint. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen. Wenn Sie ihren Kredit nicht zahlen, wird überhaupt nicht gefragt, ob Sie nicht können oder nicht wollen. Es fährt dieselbe Maschine über Sie drüber, nämlich die Exekutionsordnung. Da werden Anwälte damit beschäftigt, dass sie möglichst schnell eine Situation herstellen, wo die Zinsen eskalieren, wo die Kosten eskalieren, wo Sie möglichst keinen Arbeitsplatz mehr finden, weil wer nimmt denn wen, der dauernd Lohnpfändungen hat. Und da wird unglaublich viel Energie verwendet und keine Energie, wie man vielleicht dieses System eine Spur hinterfragen könnte. Ich bin dagegen sich zu überlegen, welche kleinen Subventionen gebe ich dorthin oder da hin zur Stärkung irgendeiner kleinen Gruppe, auch wenn ich da jetzt vielleicht gegen Sie rede. Wir haben z.B. im März und im April eine 40%ige Steigerung der Inanspruchnahme gehabt. Wenn das ein Trend heuer wird, dann werden wir irgendwann zusperrt werden müssen und sagen, wir können nicht mehr aufnehmen. Ich denke, wir werden mit der Förderung von irgendwelchen Projekten nicht sehr weit kommen, wenn auf der anderen Seite diese Dynamik so läuft.

Schenk

Dazu muss ich was sagen. Ich halte das für falsch, das so entweder oder zu sagen. Ich glaube, dass wir auf allen Ebenen agieren müssen, um erfolgreich zu sein. Die personale Ebene kann man nie gering schätzen. Das zweite ist die gemeinschaftliche, Netzwerke unterstützen, Leute bei der Selbstorganisation unterstützen, trotz Ausschluss versuchen Zugänge noch offen zu halten. Die dritte ist die gesellschaftliche, politische Ebene. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum man das eine machen soll und das andere lassen soll. Ich mag diese Debatte überhaupt nicht. Das entspricht nicht meinem politischen Ansatz. Ich möchte auf allen drei Ebenen helfen und halte das Ausspielen einer gegen die andere für fahrlässig.

Maly

Durchaus. Nur, wenn behauptet wird, die Mittel sind knapp, muss ich überlegen, wo kann ich die Mittel optimal einsetzen. Ich halte es für nicht gescheit, mehr Schuldnerberater zu fordern, obwohl ich es fordern muss. Aber das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Das ist absurd. Ich glaube auch, dass wir die Anstrengungen auf allen Ebenen machen müssen. Aber gerade die politische Ebene wird am meisten in Ruhe gelassen. Die kostet am wenigsten. Es gibt ein paar Ideen dazu, deren Umsetzung nicht viel kosten würde.

Spudich

Bei den angesprochenen Fragen kam zwei Mal die EU vor. Ich fasse es jetzt zusammen. Ist die EU Schuld dran, dass wir ärmer sind, dass eine größere Gruppe von Menschen ärmer ist? Das klang in Ihren Fragen durch, aber auch in den Fragen, engagiert sich die EU in Sachen Armutsbekämpfung. Was passiert hier? Was ist die Rolle der EU in diesem Zusammenhang? Hat das eine Signifikanz für die Entwicklung jetzt? Oder ist das eine nationalstaatliche Sache? Werden wir in was hinein gezwungen? War das Non der Franzosen ein Nein zu einem neoliberalen EU Konzept?.

Lacina

Vielleicht zu der europäischen Dimension. Ich glaube, dass erstens die europäische Dimension die Nationalstaaten nicht aus ihrer Verantwortung entlässt. Es ist einfach so, dass alle diese Entscheidungen ja im Wesentlichen einer Absegnung durch den Rat, und der Rat besteht wieder aus den Vertretungen der Nationalstaaten, bedürfen. Daher ist es zu sagen, das ist Brüssel oder das ist die Europäische Union, eine Verschiebung der Verantwortung. Was zweifellos gesagt werden muss, ist, dass für zumindest einen Teil des Anstiegs der Armut, und ein Teil ist eben Arbeitslosigkeit und ein Teil ist eben die weitere Verschärfung der Schiefe der Einkommensverteilung, die ja natürlich mit Arbeitslosigkeit wieder einhergeht. Ein guter Teil dessen, was Marterbauer gesagt hat, nämlich diese Senkung des Lohnanteils am Volkseinkommen ist ja u.a. darauf zurück zu führen, dass weniger Menschen in Beschäftigung sind, und dass daher natürlich der Lohnanteil gering ist. Es ist nicht die einzige Ursache, aber sicherlich eine der wichtigsten Ursachen. Dass da sehr viele Regierungen einfach der Auffassung waren und sind, dass die europäische Dimension ausgespart gehört, aber gleichzeitig sagen, sie können ohnehin auf der nationalen Ebene nicht sehr viel für Beschäftigung tun. Erstens einmal gibt es größere Spielräume auf der nationalen Ebene, und zweitens wäre es außerordentlich wichtig, das zu einem europäischen Thema zu machen, ist vielleicht ein wichtigeres Thema im Augenblick als die Währungsstabilität, wobei die unumstritten eine gemeinschaftliche Frage ist, die in der Europäischen Zentralbank gelöst wird. Jetzt will ich nicht sagen, das ist uninteressant. Aber ohne die Frage etwa, wie sieht es mit der Beschäftigung aus, wie sieht es mit der Verschwendung der Ressource menschliche Arbeitskraft aus, ist das natürlich ein ganz wichtiger Punkt.

Wie das Nein der Franzosen zu bewerten ist? Wahrscheinlich gibt es eine Vielzahl von Gründen. Einer der Gründe ist zweifellos der, dass doch der Eindruck da ist, dass von dieser Europäischen Union - und das kommt zum Teil natürlich aus den Nationalstaaten, zum Teil aber auch von jenen, die die Nationalstaaten in die Kommission entsandt haben, die sind ja auch dort nicht geboren, sondern sind dort von den jeweiligen Nationalstaaten hin geschickt worden, sind zum Teil auch auf Grund von Wahlen dort hin geschickt worden - sehr stark neoliberale Akzente kommen. Ich denke etwa daran, dass es schwieriger wird, öffentliche Leistungen auch durch öffentliche Unternehmungen anzubieten, wenn die Europäische Union so, wie das in den letzten Jahren war, einen Grundsatz immer mehr verlässt, nämlich den der Neutralität des Eigentums. Es werden öffentliche und private Unternehmen unterschiedlich behandelt. Jetzt wissen wir ganz genau, dass private Unternehmen im Gegensatz zu

öffentlichen Unternehmen, etwa die Verkehrsunternehmen, unter einem ganz anderen Druck stehen. Wenn ich jetzt eines nicht zulasse, z.B. die Quersubventionierung öffentlicher Unternehmungen, also dass etwa, wie das in Wien der Fall war, ein Teil des Defizits der Verkehrsbetriebe durch Gewinne der Elektrizitätswerke finanziert wird, wenn das verboten ist, so bedeutet das, dass bei knappen Mitteln natürlich eines passieren kann, dass dann plötzlich die öffentlichen Zuschüsse für öffentliche Unternehmen insgesamt geringer werden. Da spielt natürlich die europäische Dimension eine Rolle. Da kann man sich auch nur dadurch wehren, dass man versucht, auch auf der europäischen Ebene entsprechende Gegenkräfte zu mobilisieren. Da, muss man leider sagen, sind die Lobbies auf Seiten der Unternehmungen wesentlich erfolgreicher als etwa die Lobbies auf der Seite der Arbeitnehmer oder auf der Seite der Konsumenten. Da gilt es also doch ganz wesentlich zu aktivieren. Ich würde die Behauptung wagen, dass in den Jahren 1910, 1915, 1920 das Bewusstsein einer internationalen Verknüpfung etwa von Arbeitnehmerinteressen stärker war, als es heute ist. Das ist auch eine Frage der Aufklärung. Und das ist auch eine Frage der politischen Orientierung der jeweiligen Interessenvertretung und der jeweiligen Gewerkschaften.

Zu dem Thema Kaufkraftverluste. Da wäre ich schon ein bisschen skeptischer. Das muss man sich sehr genau anschauen. Aber was wir sicherlich in den letzten Jahren gehabt haben, war – aber das hängt weniger mit der Europäischen Union zusammen als mit der Politik, die auch in Österreich betrieben worden ist, nämlich auf die Frage einer doch recht geringen Erhöhung der privaten Einkommen, der Einkommen aus insbesondere Lohn, was in bestimmten Schichten doch eine deutliche Reduktion der Lebenschancen bedeutet. Das ist zweifellos da, hat aber mit der Europäischen Union meinem Gefühl nach etwas weniger zu tun als mit der Frage, welche wirtschaftspolitischen Szenarien verfolgen wir. Verfolgen wir das Szenario, das abgesehen von der Entwicklung der Wirtschaft, von der Entwicklung des Wachstums, von der Entwicklung der Beschäftigung wir auf jeden Fall eine Reduktion der öffentlichen Ausgaben brauchen und eine Reduktion der öffentlichen Defizite? Oder sind wir doch der Auffassung, dass es hier eine öffentliche Verantwortung gibt? Wenn die Privaten zwangssparen, wenn die Unternehmen nicht investieren, dass es dann einen gibt, der aus diesem Teufelskreis einen Weg heraus weist. Daraus ist die Idee einer antizyklischen Budgetpolitik geworden, die heute zweifellos nicht mainstream der Ökonomen und wahrscheinlich auch nicht der Politik ist, aber die meines Erachtens nach wie vor aktuell ist.

Ich möchte nur eines noch zu dieser Kultur der Armut sagen. Weil insbesondere eines gesagt wurde, was ich für absolut richtig halte. Es ist ja nicht nur eine Frage der Perspektive der jetzigen Generation sondern auch der künftigen Generationen. Gerade das ist außerordentlich wichtig, um aus dem heraus zu kommen. Es gab unlängst einen schönen Bericht in Morgenjournal, wo die Eltern kritisiert wurden, dass sie, obwohl das ja jedermann weiß, wie wichtig das ist, nicht bereit sind, in genügendem Ausmaß mit ihren Kindern zu lernen. Das ist schon sehr schön, wenn Eltern bereit sind, mit ihren Kindern Schularbeiten, Hausübungen zu machen und zu lernen. Aber in Wirklichkeit ist natürlich eine solche Klage absolut fehl am Platz. Denn es heißt ja nichts anderes, als einen guten Teil der Aufgaben der Schule zu privatisieren und zwar in Richtung Elternhaus zu privatisieren und natürlich das zu verewigen, was ohnehin da ist, nämlich das Bildungsgefälle auch zwischen wohlhabend und weniger wohlhabend. Das ist längerfristig noch ein Stückchen gefährlicher als das Einkommensgefälle, das auch ein Thema sein müsste und immer weniger ein Thema ist oder nur dann zum Thema wird, wenn es wirklich skandalöse Unterschiede sind, wie sie manchmal in den Vereinigten Staaten anzutreffen sind. Da muss man schon dabei eines wissen, dass z.B. eine Steuerbegünstigung für stock options, und ein guter Teil dieses Einkommensgefälles entsteht daraus, dass hier Versprechungen gemacht worden sind auf begünstigten Aktienkauf

für Führungskräfte, u.a. auch dazu führt, dass dafür eine Steuerbegünstigung eingeführt worden ist in aller Ruhe und aller Stille.

Jetzt man kann sicherlich der Auffassung des Finanzministers sein, der gesagt hat, die Steuerreform soll nicht Sozialpolitik machen, obwohl ich nicht dieser Auffassung bin. Ich glaube, dass es vernünftig gewesen wäre, z.B. die Negativsteuer anzuheben. Es wäre ein sehr vernünftiger Vorschlag gewesen insbesondere zur Erhöhung des privaten Konsums aber auch zum Entkommen aus dieser Armutsfalle zumindest einmal für Erwerbstätige und für Versicherte. Aber es ist in Wirklichkeit das Gegenteil gemacht worden. Es ist hier eine Steuerbegünstigung eröffnet worden, die ein sehr kleiner Kreis in Anspruch nehmen kann. Das ist eine Verteilungswirkung, die zwar vom Geld her überhaupt nicht ins Gewicht fällt, die aber das noch steigert, was hier gesagt wurde. Es ist nicht nur das Gefälle gestiegen, sondern es ist auch die Besteuerung dieses Gefälles sehr verändert worden.

Frage

In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder gelesen von Grundsicherung, Geld zur Grundsicherung, bedarfsorientierte Grundsicherung, Grundsicherung verbunden mit einer Bürgerpflicht, wo die Leute, die Grundsicherung bekommen, umgeschult werden oder Arbeit haben, also eine Art Dienst an der Gemeinschaft machen müssen. Aber alle die Modelle sind nicht wirklich ausgereift. Können Sie mir einen Hinweis geben, wo ich das finde, das durchgedacht, ausgereift ist und theoretisch oder auch praktisch im Laufe der nächsten Jahre oder Jahrzehnte Chance auf Realisierung hat.. Gibt es schon so irgendwas? Gibt es Ansätze in dieser Richtung?

Frage

Was ich schon zur neuen Armut zähle ist, dass auch verstärkt immer hoch gebildete Leute gefährdet sind. Ich bin auch relativ gut gebildet und auch schon länger arbeitslos. Eine Frage, die sich mir aufdrängt zu dieser juristischen Mühle, die Herr Maly geschildert hat. Es hat lange Jahre sozialistische Justizminister gegeben. Da frage ich mich schon, warum die das nicht abgeschafft haben mit dieser Exekution und diese feudalistischen Zustände. Das ist wirklich unverständlich für mich. Für mich geht es eigentlich um die Grundfrage des Wirtschaftssystems, d.h. die kapitalistische Produktionsweise, dass durch die technische Entwicklung die Produktivität immer höher wird, und die Produktionsmittel immer konzentrierter werden. Und die sind leider in der Hand einiger weniger. Da geht es primär um die Frage, wie diese kontrolliert werden. Entweder man eignet sich das wieder zurück an, oder man besteuert die Produktivität wirklich ordentlich. Diese Grundfragen werden einfach viel zu wenig diskutiert. Da traut sich meiner Meinung nach auch die Sozialdemokratische Partei viel zu wenig, da wirklich was dagegen zu halten gegen diese neoliberale Ideologie, die wirklich eine Seuche ist.

Frage

Ich bin Brasilianer. Ich lebe hier seit 13 Jahren. Ich wollte hier eine Frage an Herrn Marterbauer oder an Herrn Schenk richten. Gibt es irgendeine Studie oder Analyse über den Zusammenhang zwischen neuer Armut und Kriminalität. In vielen Ländern ist Kriminalität eine Antwort gegen Armut. Wie ist die Situation in Österreich? Gibt es Statistiken, gibt es irgendeinen Gedanken in dieser Hinsicht? Die Frage der Kultur der Armut. Es gibt auch eine andere Stufe, das ist die Kultur der Kriminalität als Antwort gegen die Armutsgefährdung. Ich komme aus einem Staat, wir erleben seit ungefähr 30 Jahren dieses Phänomen. Armut im Reichtum in Rio de Janeiro.

Frage

Mein Name ist Stefan Schwätz. Ich bin ebenfalls wie die Dame, die vorhin gesprochen hat, ein Betroffener. Ich war lange Jahre selbstständig, musste dann den Betrieb aufgeben und habe seither mehrere kleinere Abenteuer mit anderen Unternehmen gehabt, und bin seit drei Jahren arbeitslos. Herr Maly kennt mich. Ich habe keinerlei Chance mehr, einen ordentlichen Job zu bekommen trotz dreier Fremdsprachen, trotz Qualifikation. Zum einen bin ich schon zu alt, zum anderen die Gehaltspfändungen. Ich werde das wahrscheinlich bis an mein Lebensende mit tragen müssen. Ich habe mich in Abhängigkeit zu einer Bank begeben und bin da auch nicht mehr heraus kommen. Es hat das zwei Aspekte, die auch der österreichischen Wirtschaft schaden. Denn die österreichische Gesetzgebung lässt es nicht zu, dass ein Unternehmer eine zweite Chance bekommt, zumindest dann wenn er verschuldet ist. Sie haben keine Chance, überhaupt nicht. Mit welcher Rechtfertigung politischer und moralischer Art lässt es der österreichische Gesetzgeber zu, dass jemand, der tatsächlich nichts mehr hat, trotzdem damit leben muss, dass die Gläubiger 21 bis 17% Zinsen nach wie vor verrechnen? Kann mir das jemand erklären? Gibt es Bestrebungen, dagegen etwas zu tun? Zur Selbstvertretung. Als Langzeitarbeitsloser bin ich auch bei diversen Arbeitsloseninitiativen tätig gewesen. Dazu muss ich sagen, wenn die Dame ein Netzwerk aufbauen will, das ist ein furchtbar harter Job. Denn Sie dürfen eines nicht vergessen. Es ist hier ja schon mehrmals angesprochen worden. Die Scham und die Ausweglosigkeit, die die Menschen sehen, die größte österreichische Arbeitsloseninitiative hat ca. 40 Mitglieder. Das ist alles. Innerhalb der Arbeitsloseninitiativen gibt es jede Menge Streitereien, weil jeder versucht, sich selbst zu profilieren, und dadurch überhaupt nichts raus kommt. Sie müssen dann noch bedenken, dass es da verschiedene politische Strömungen gibt, wo jeder noch sein eigenes Süppchen kochen will. Und das ist eine ausweglose Situation, wenn man da nicht in der Lage ist, mehr daraus zu machen.

Spudich

Vielleicht wollen wir versuchen, in einer Schlussrunde diese Themen noch aufzugreifen. Danke für Ihr Stichwort von der Grundsicherung. Ich habe es zuerst auch angesprochen mit dem Säuglingswäschepaket als der Grundsicherung der 1920er Jahre. Eigentlich, wenn man darüber nachdenkt, kommt ja vieles auf die Frage hinaus: Einerseits das Land hat viel Geld, manche Menschen verdienen sehr viel, andere haben zu wenig, warum gibt man nicht denen, die zu wenig haben, dieses Geld? Das wäre die Grundfrage, die sich hier immer wieder stellt. Also gebe ich jetzt zurück an dieses Podium. Ist Grundsicherung sinnvoll, machbar, was immer? Vielleicht noch ein Gedanke dazu. Der Götz Werner, das ist der Gründer der Drogeriemärkte, geht das von einer anderen Situation aus her an und sagt, wir produzieren eigentlich mehr, als wir Menschen haben, die noch arbeiten können. Auch ein Stichwort, das vorher angesprochen worden ist. Die Produktivität ist zu hoch, dass so viele Menschen nicht Arbeit haben, obwohl die Gesellschaft als ganzes trotzdem mehr hat. Es wird aber im Gesamtrahmen nicht schlimmer, weil unser BIP wird ja nicht weniger sondern tendenziell mehr. Er sagt daher, lasst uns Menschen vom Zwang zur Arbeit befreien durch eine Grundsicherung, und wer dann noch arbeiten will – er glaubt, das sind genug -, der nimmt sich Arbeit. Das war ein radikaler Entwurf in diesem Startprozess. Wir haben dann noch eine Reihe von anderen Fragen, auch die Geschichte mit den personal fabricators, was Sie damit ansprechen mit Cafés, wo man selber was produzieren kann. Vielleicht gibt es auch hier eine Antwort. Herr Marterbauer, fangen Sie doch an.

Marterbauer

Vielleicht zur Grundsicherung und zum Grundeinkommen. Ich halte das zwar intellektuell für interessant, dass jeder einen gewissen Betrag bekommt unabhängig davon, was er macht, halte es aber für politisch sehr gefährlich, weil ich glaube, dass unter den gegenwärtigen

Bedingungen der sehr ungleichen Einkommensverteilung und der hohen Arbeitslosigkeit ein Grundeinkommen sofort in Dimensionen gerät, wo es zu einer reinen Armutsfürsorge kommt, also so niedrig wird, dass die Leute erst nicht davon leben können. Denn bestimmen über die Höhe des Grundeinkommens tun natürlich die, die die Steuern einzahlen. Wenn die Kosten relativ hoch sind bei hoher Arbeitslosigkeit z.B., wird das Ausmaß des Grundeinkommens sehr niedrig sein. Ich glaube, dass deshalb die entscheidende Frage die nach den gesellschaftlichen und ökonomischen Machtverhältnissen ist. Dort ist die entscheidende Frage jene nach der Höhe der Arbeitslosigkeit. Wenn Arbeitslosigkeit niedrig ist oder Vollbeschäftigung herrscht, dann ist die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer natürlich sehr viel besser. Dann werden die Lohnerhöhungen höher sein. Dann wird die Lohnquote nicht mehr sinken sondern steigen. Ich halte es für entscheidend, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Und dafür, glaube ich, ist Arbeitszeitverkürzung ein wichtiges Element. Was ich mir aber vorstellen kann in Bezug auf das Grundeinkommen, ist ein Konzept – und das wäre auch etwas, was wirklich im Detail ausgearbeitet ist – der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Dass man sagt, unser Sozialstaat funktioniert an sich recht gut, aber in einigen Bereichen wissen wir – geschiedene Frauen, die schlechte Pensionen dann bekommen -, dass wir Probleme haben. Dort setzen wir unmittelbar an mit dieser bedarfsorientierten Mindestsicherung. Da gibt es ausgearbeitete Konzepte. Ich kenne eines vom Netzwerk Innovation aus dem Jahr 2002. Damals wurden die Kosten einer derartigen bedarfsorientierten Mindestsicherung auf etwa 1 Milliarde Euro geschätzt. Das war schon eine ziemlich umfangreiche Variante. Ich halte das für finanzierbar. Wenn Sie daran denken, dass im heurigen Budget die Unternehmenssteuersenkung der letzten der Jahre Kosten von etwa 3 Milliarden Euro verursachen werden, dann ist die 1 Milliarde Euro für die Mindestsicherung tragbar. Wenn Sie daran denken, dass die gesamten Staatsausgaben in Österreich 120 Milliarden Euro betragen, das eine Prozent werden wir uns noch leisten können. Ich denke, das Säuglingspaket, das es übrigens immer noch gibt, der Stadt Wien ist eine gute Sache. Aber im Sinne der 1930er Jahre ist das Säuglingspaket heute ein öffentliches Gesundheitssystem, zu dem alle Zugang haben, ein öffentliches Bildungssystem, ein öffentliches Verkehrssystem. Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen ist das, was den unteren Einkommenschichten wirklich sehr viel hilft. Wenn man dafür ist, dass der öffentliche Sektor in der Lage ist, diese Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, dann braucht der öffentliche Sektor Einnahmen, damit er das finanzieren kann. Da sind wir beim Steuersystem. Und da sind wir dann bei dem zentralen Problem, das ich politisch sehe, nämlich wie sich die Abgabenquote entwickelt. Die Bundesregierung plant ja die Abgabenquote auf 40% am BIP zunächst zu senken. Der Bundeskanzler hat von 35% als nächstes Etappenziel gesprochen, also massive Steuersenkungen. Der Titel auf der Finanzministeriumshomepage ist „Weniger Steuern, mehr Geld fürs Leben“. Aber was bedeutet das weniger Steuern? Das bedeutet, dass der Staat bei den Staatsausgaben entsprechend kürzen muss und damit bei den Ausgaben, die den unteren Einkommenschichten zu Gute kommen. Übrigens haben die unteren Einkommenschichten auch wenig von diesen Steuersenkungen. Das untere Einkommensdrittel ist praktisch von der Steuersenkung, die am 1. Jänner 2005 in Kraft getreten ist, nicht betroffen. Die zahlen bisher schon keine Lohnsteuer, können auch von Steuersenkungen nicht betroffen sein. Wenn man vergleicht das Steueraufkommen der Arbeitnehmer, also Lohnsteuer, im Jahr 2006 laut Bundesvoranschlag im Vergleich zum Jahr 2000, dann wird das um 22% höher sein im Jahr 2006 als im Jahr 2000, obwohl die Arbeitnehmerinkommen prognostiziert nur um 17% steigen bis dahin trotz dieser angeblich großen Steuerreform. Das Gewinnsteueraufkommen wird übrigens um 2% niedriger liegen im Jahr 2006 als im Jahr 2000 laut Prognose des Finanzministeriums, obwohl die zu Grunde liegende Steuerbasis, Betriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen heißt das in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, um 32% höher liegen wird im Jahr 2006. Soweit zu den Verteilungswirkungen der Steuerreform. Ich

glaube, es geht sehr stark darum zu sagen, was soll der Staat im Interesse der unteren Einkommensschichten bereit stellen. Das sind öffentliche Dienstleistungen. Und wie müssen die finanziert werden? Das bedeutet, wir brauchen eine relativ hohe Abgabenquote. Wenn Sie internationale Korrelationen herstellen wollen, dann werden Sie sehen, dort, wo die Abgabenquote hoch ist, ist die Armutsquote niedrig. Das ist ein unmittelbarer Zusammenhang. Das sind gesellschaftspolitische Weichenstellungen. Will man in die eine Richtung gehen oder in die andere Richtung gehen?

Zu ein, zwei kleinere Punkten wollte ich noch Stellung nehmen. Ich kenne keine Studien, die den Zusammenhang von Armut und Kriminalität in Österreich diskutieren.

Ein zweiter Punkt, neue Selbstständige. Ich glaube, dass dort Armutsgefährdung relativ groß sein kann, weil wir im Moment das Phänomen haben, dass viele Leute aus der unselbstständigen Erwerbstätigkeit hinaus gedrängt werden vor allem junge Leute mit Teilzeitjobs oder viel mehr Werkverträgen und ähnliche Sachen. Das bedeutet langfristig natürlich, dass ihr Zugang zum Sozialsystem auch schlechter sein wird, dass die Pensionsabsicherung eines sehr ungünstige ist. Die jungen Leute machen sich keine Gedanken drüber, ob sie mit den Werkverträgen irgendwann einen Pensionsanspruch erwerben. Das ist nicht das Thema, wenn man 20 ist. Aber langfristig wird das zu einem zentralen Thema werden.

Zur Kaufkraft. Wir haben Berechnungen angestellt über die Kaufkrafteffekte des EU Beitritts. Die waren positiv. Ich möchte nicht auf die Diskussionen des Jahre 1994 eingehen. Aber der Tausender ist im Jahr 1999 verwirklicht worden. Die Kaufkrafteffekte durch Preissenkungen aus dem EU Beitritt waren groß. Allerdings sind die Nettorealeinkommen der unselbstständig Beschäftigten trotzdem nicht gestiegen in den letzten Jahren. Das hängt zusammen mit niedrigen Lohnerhöhungen auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit, mit der steuerlichen Belastung der Arbeitnehmer und ähnlichen Dingen. Ich würde es mit dem EU Beitritt nicht in Zusammenhang bringen wollen.

Für mich ist der zentrale Ansatzpunkt, um Arbeitslosigkeit kurzfristig zu bekämpfen, am Arbeitsmarkt. Wenn es gelingt, mehr Leute, die von Armut betroffen sind oder armutsgefährdet sind, in die Erwerbsarbeit zu bringen, dann hilft das kurzfristig am meisten. Der Alleinerzieherin ist dann geholfen, wenn sie einen Arbeitsplatz hat, und nicht wenn man die Familienbeihilfe für Alleinerzieherinnen um ein paar Euro erhöht. Es geht immer um die Möglichkeiten, Erwerbsarbeit anzunehmen. Die Untersuchungen von Esping Andersen, einem dänischen Soziologen, zeigen z.B. sehr stark, dass es einen ganz engen Zusammenhang zwischen dem Bestehen von Kinderarmut und Erwerbstätigkeit der Mutter gibt. Also im Fall von hoher Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Mutter nicht gegeben. Mütter, die erwerbstätig sind, da gibt es wenig Kinderarmut. Dann kann man sich überlegen, wie bringt man die Leute in Erwerbstätigkeit, Beschäftigungspolitik allgemein, Betreuungseinrichtungen usw. Aber der Ansatzpunkt in unserem Wirtschaftssystem ist die Teilnahme am Erwerbsleben. Der zweite Ansatzpunkt langfristig ist das Bildungssystem. Ich bin aufgewachsen in den 1970er Jahren. Damals war der Versuch, das Bildungssystem zu öffnen, für Kinder aus unteren Einkommensschichten, für Mädchen insbesondere. Heute stehen wir vor einem ähnlichen Problem. Wir haben ein Bildungssystem, das den Zugang von unteren Einkommensschichten, Migrantenfamilien vor allem, eher verschließt. Ausländische Mädchen, türkische Mädchen sind ein zentrales Problem in der Frage, wer nimmt am Bildungssystem teil. Da haben wir Bildungsquote bis 15, Pflichtschulabschluss, und dann ist die Sache vorbei. Das sind die Probleme, wo heute die Armut der Zukunft gemacht wird.

Spudich

Das war also eine Variante der Grundsicherung. Für mich interessant auch Ihr Plädoyer auf Arbeitszeitverkürzung. Gibt es dafür Modelle? An dem sind wir siehe Frankreich mit 35 Stunden offensichtlich an eine Art Schallmauer gestoßen. Es ging nicht weiter. Frankreich ist eher am Weg zurück.

Marterbauer

Darf ich nur einen Satz dazu sagen. Zwei Gründe dafür, dass bei uns die Arbeitslosigkeit steigt, schlechtes Wirtschaftswachstum deshalb schlechte Arbeitskräftenachfrage, und zweitens hoher Zustrom ins Arbeitskräfteangebot. Wir haben pro Jahr 20.000 bis 30.000 Leute mehr, die Arbeit suchen, Zuwanderung aus dem Osten, aus Ostdeutschland, Pensionsreform mit mehr 60jährigen, die Arbeit suchen. Da gibt es neben dem Mittel höheres Wirtschaftswachstum, allgemeine Wirtschaftspolitik nur die Möglichkeit, das Arbeitsangebot durch Arbeitszeitverkürzung zu erhöhen. Gibt es erfolgreiche Modelle? Ja. In Dänemark z.B. ist der massive Rückgang der Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren von über 12% auf unter 5% durch einen starken Ausbau des Bildungskarenzmodells ermöglicht worden. Man konnte Arbeitszeit verkürzen und gleichzeitig Ausbildung oder Weiterbildung machen. Das ist in Österreich verwirklicht. Oder in Schweden hat die Arbeitszeitverkürzung massiv durch den Ausbau der Teilzeitarbeit stattgefunden im öffentlichen Sektor, in Betreuungseinrichtungen usw. Es gibt auch erfolgreiche Modelle der Arbeitszeitverkürzung. Wir sind so spät dran, dass man sich schon in der Welt umschauen kann, was hat funktioniert, und das setzen wir um.

Schenk

Sie haben gefragt nach Literatur. Ich kann Ihnen zwei Sachen empfehlen. Gerhard Becker für Deutschland. Die haben dort auch so eine Art bedarfsorientiertes Mindestsicherungskonzept entwickelt. Für Österreich ist das Rosner, Dimmel, Dalos, Wetzel: Bedarfsorientierte Grundsicherung im Mandelbaum Verlag, die auf eine ähnliche Zahl kommen, 800 bis 900 Euro für eine monetäre Grundsicherung, da geht es um Geld. Wir haben von der Armutskonferenz versucht, diese Modelle in ein Mindestsicherungs-ABC zu fassen, um es ein bisschen umfangreicher oder ganzheitlicher zu sehen. Das A steht für die monetäre Grundleistung, für diese 800 bis 900 Euro. Das B steht für soziale Dienstleistungen. Das ist einer der am meisten unterschätzten Bereiche in der Armutsvermeidung, wie auch eine Studie von Karin Heizmann von der Abteilung Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität zeigt. Soziale Dienstleistungen sind ganz wesentlich für die Armutsvermeidung. Sachleistungen, aber nicht nur, Infrastruktur. Und das C betrifft den Arbeitsmarkt, die Möglichkeit und die Chance für Benachteiligte, über den Arbeitsmarkt auch Bildung, Weiterbildung, keine Schnellsiedekurse sondern eine Form von Beispiel Dänemark, wo es eine sehr starke Bewirtschaftung dieses Arbeitsmarktbildungssektors gibt. Warum ist das B so wichtig, die sozialen Dienstleistungen? Weil eine Grundsicherung von 600 oder 700 Euro einer Frau aus unseren Beratungsstellen nichts nutzt, wenn gleichzeitig die Miete auf 600 Euro ansteigt, beim Arzt gezahlt werden muss, die Nachmittagsbetreuung der Kinder gezahlt werden muss, es keinen Sozialtarif auf der U-Bahn gibt usw. Sie müssen natürlich auch die Ausgaben mit einrechnen und nicht nur die Einnahmen.

Das Hauptproblem sehe ich im Typ des österreichischen Sozialstaates, der ähnlich wie Deutschland strukturiert ist, besonders zur Zeit in seinen mangelnden Aufstiegschancen. Ulrich Beck hat das Fahrstuhleffekt genannt. Er hat gesagt, Österreich oder Deutschland funktioniert wie ein Fahrstuhl. Es ist nach dem Krieg die ganze Gesellschaft wie ein Fahrstuhl ein paar Stockwerke in die Höhe gefahren, damit ist den unteren Einkommensschichten auch ein Stück weit bessere Möglichkeiten gegeben. Aber im wesentlichen sind die sozialen Unterschiede gleich gegeben oder zumindest ähnlich geblieben. Das zeigt sich besonders im

Bildungssystem, wenn wir uns anschauen, wie die Aufstiegschancen ausschauen innerhalb der unterschiedlichen Einkommensschichten.

Wovor ich auch noch warnen möchte, ist die Geschichte mit der Abgabenquote. Ich habe das Gefühl, dass noch nicht überrissen wurde, worum es da geht. Ich halte das für eine sehr geschickte Strategie, die wir ja auch aus England von Thatcher kennen, dass es immer sehr schwierig war für Politiker, Sozialsysteme, Gesundheit, Bildung zu kürzen. Da gibt es irgendwann einen Widerstand, das will halt niemand, das ist auch schwerer durchzusetzen. Viel leichter ist es die Steuerquote runter zu senken oder über das Steuersystem Druck zu machen und dann zu sagen, wir können es nicht mehr finanzieren. Dieser Umweg schafft Sachzwänge. Das ist quasi die künstliche Bastelanleitung zur Herstellung von Sachzwängen. Das Problem ist, Sie können zwar die Abgabenquote senken vielleicht auf 35%, wie Schäuble es will, aber es steigt automatisch die persönliche Abgabenquote der Ärmere nämlich für indirekte Steuern, für Abgaben, für Selbstbehalte. Es nützt diese Senkung der Abgabenquote vielleicht den oberen Einkommen, aber die Erhöhung der persönlichen Abgabenquote belastet die unteren Einkommen viel stärker, weil z.B. diese Dienstleistungen weg fallen, die sehr armutsvermeidenden Charakter haben.

Jetzt komme ich zum Schluss. Was Sie gesagt haben mit Betroffene organisieren, stimmt natürlich. Es ist sehr schwierig und stimmt, weil ja die Leute auch selbst keine Ressourcen mehr haben, sich da adäquat und stark zu organisieren. Es hat eigentlich ganz wenige Momente gegeben, wo es funktioniert hat. Ein Beispiel, wahrscheinlich eine Ausnahme, aber wo man sieht, dass es manchmal gelingt, war 1996 in Frankreich, wo es eine Art soziologisches Wunder, wie es Pierre Bourdieu bezeichnet hat, gegeben hat, wo eine Jugendrevolte in den Vorstädten von Paris ausgebrochen ist, sich die verbündet haben mit Arbeitslosen, mit Eliten aus den Arbeitslosenbewegungen und mit Papierlosen. Eine quasi unmögliche Koalition. Das hat zumindestens dort bewirkt, dass die Sozialhilfe erhöht worden ist. Das war der einzige Erfolg dieser Bewegung, aber immerhin. Wir könnten sagen, 460.000 Leute akut arm, das ist eine Riesengruppe. Wenn die politisch organisiert sind, das hat schon was. Aber natürlich ist diese Gruppe nicht homogen, hat unterschiedliche Interessen und kann auch, weil sich niemand gern als arm definiert, halt schwer organisiert werden.

Spudich

Herr Maly, würden die Leute, die zu Ihnen kommen, mit einer Grundsicherung besser dran sein?

Maly

Ich glaube nicht. Das jetzige Problem wäre, gehen sie wieder arbeiten, werden sie wieder lohngempfändet. Der Anreiz, seine Situation zu verbessern, wird eher nicht besser durch eine Grundsicherung, Grundeinkommen. Dazu gibt es dann immer wieder die Tendenzen, auch das Grundeinkommen anknabbern zu wollen. Die Ausgleichszulage für Ehepaare hat eine bestimmte Höhe. Und diese Höhe ist pfändbar. Da gehen etwa 100 Euro im Monat an den Gläubiger, direkt vom Staat dort hin. Das ist ja auch eine Form der Subvention, aber ich glaube, die nicht so gewollt ist. Da wird man aufpassen müssen. Noch einmal, ich fürchte eigentlich immer, dass das, was mühsam mit Transferleistungen aufgebaut wird oder erhalten wird, um einen weiteren Abstieg zu vermeiden oder zu verhindern, kalt lächelnd konterkariert wird mit ganz normalen Gesetzesbestimmungen, wenn man das Pech hat, halt auch verschuldet zu sein. Man muss die Diskussion leider jetzt immer mehr erweitern in Richtung armutsgefährdend ist nicht nur bei geringem Einkommen. Armutsgefährdend ist, wenn ich verschuldet bin. Und das geht mittlerweile immer schneller. Wir sehen, dass die Jugendlichen

schon hinein rutschen. Es funktioniert das System so extrem gut, dass man sich wirklich da etwas überlegen muss.

Ich habe eher Hoffnungen in die EU, was jetzt mein Spezialgebiet betrifft. Wir haben in Österreich eine Spielwiese auf dem rechtlichen Sektor, die es nirgendwo sonst gibt. Es ist z.B. in Vorbereitung eine Richtlinie für Privatkredite, wie die zu vergeben sind, was da zu prüfen ist. Das wird irgendwann kommen. Und wenn es nicht zu bürokratisch wird, dann erhoffe ich mir davon was.

Die Diskussion, wie die Verteilung des Kuchens stattfinden soll, halte ich für ganz wichtig. Aber man muss aufpassen, dass man sagt, man redet über die Verteilung des Kuchens, und dabei gibt es welche, die kein Brot haben.

Lacina

Zuerst zur Abgabenquote. Was man nicht vergessen darf ist, dass sich die Abgabenquote ganz besonders auch für öffentliche Agitation eignet. Da gibt es dieses schöne Wort: mehr vom Leben. Der Herr Bundeskanzlers, damals noch als Oppositionspolitiker, hat uns vorgerechnet, dass bis zum 14. Juni die Österreicher für den Staat arbeiten und ab dann erst für sich selbst. Das heißt, alles das, was sie an Abgaben zahlen, was sie an Steuern zahlen, fällt in ein tiefes Loch, kommt niemandem zu Gute, schon gar nicht Ihnen selbst, und verschwindet irgendwo. Das ist offenbar die Welt, die da erzeugt wird. Dass damit natürlich Einkommen geschaffen werden, dass damit öffentliche Leistungen finanziert werden, dass damit Krankenhäuser, Schulen usw. finanziert werden, wird dabei verschwiegen. Das ist natürlich ein Appell an die Entsolidarisierung, die in einer differenzierteren Gesellschaft, die weniger gemeinsame Interessen vielleicht kennt, doch da oder dort auf fruchtbaren Boden fällt und dann diese „Sachzwänge“ erzeugt.

Das zweite ist die wirklich sehr strapazierte Frage des Missbrauchs von Sozialleistungen. Sie können ohne weiteres ganze Serien insbesondere im Kleinformat finden über Missbrauch von Sozialleistungen. Sie finden kaum eine Serie über etwa Steuerhinterziehungen. Obwohl wahrscheinlich, wenn Sie die beiden mit einander vergleichen würden – es sind beides Dunkelziffern -, aber ich glaube, dass es eine gewonnene Wette ist, wenn man wettet, dass der Aufwand oder der Schaden, der durch Steuerhinterziehung entsteht, deutlich größer ist als der durch den Missbrauch von Sozialleistungen. Aber erstaunlicherweise gibt es da weniger Zeitungsserien dazu.

Vielleicht noch ein paar Bemerkungen zur Frage Arbeitszeitverkürzung. Was absolut unplausibel ist, ist für mich immer eines gewesen, wieso das, was viele Jahrzehnte vollkommen klar, dass nämlich ein Teil der durch Produktivität gewonnenen Einkommenszuwächse nicht nur geteilt wird zwischen Arbeitnehmer und Kapitalgeber – das ist ohnehin klar, dass das passiert, und da muss man sich auch keine Sorgen machen, dass der Kapitalgeber nicht einen entsprechenden Anteil bekommt -, aber bei den Arbeitnehmern ist doch immer ein Teil dessen, was da an zusätzlichem Wert gewonnen wurde, in Geld abgegolten worden und ein anderer in Freizeit. Jetzt kann man sich darüber unterhalten, ob es sehr vernünftig ist, die wöchentliche Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen, aber dass es vernünftig ist, auf jeden Fall die Arbeitszeit z.B. in Richtung etwa eines Bildungsurlaubs oder einer Bildungskarenz zu verkürzen, liegt auf der Hand, wenn das richtig ist, was uns immer wieder gesagt wird, dass nämlich Wissen so rasch veraltet. Wie soll die Qualifikation des einzelnen Arbeitnehmers und damit natürlich auch seine Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten werden unter diesen Bedingungen? Nummer zwei, es ist ja zweifellos auch dazu zu sagen, dass ja nicht zumutbar ist, dass es de facto zu einer Arbeitszeitverlängerung kommt, wenn er

diese notwendigen Requalifikationen während seines Berufslebens neben der Arbeit noch machen muss. Wir wissen ganz genau, dass deutlich mehr als 50% etwa der Lehrlinge nicht in dem Beruf in Pension gehen, den sie erlernt haben. Das muss ja entsprechende Folgen auch für das Bildungssystem und vielleicht auch für die Finanzierung des Bildungssystems haben.

Ein Punkt ist absolut richtig. Es gibt auf der einen Seite, wenn es zu Fehlleistungen in einem Unternehmen kommt, also Konkurs z.B., tatsächlich nicht nur in Österreich sondern in ganz Europa, und da haben wir eine andere Kultur als die Vereinigten Staaten, kaum eine zweite Chance, was sicher unfair ist. Auf der anderen Seite ist natürlich der Missbrauch dieser Einrichtungen auch gewaltig angestiegen. Da werden zwei Dinge manchmal wirklich in einer Weise vermischt, die nicht fair sind. Das wird insbesondere dann zum Problem werden, wenn es mehr dieser neuen Selbstständigen gibt. Wir entwickeln uns da ein Stückchen in Richtung Dritte Welt. Jene, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, haben dann nur mehr die Chance, einen selbstständigen Beruf, der nicht wirklich ein Beruf und nicht wirklich eine Erwerbsquelle darstellt, auszuüben. Wir werden diesem Phänomen deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Das Problem ist wieder wie bei den Arbeitslosen, es gibt hier in Wirklichkeit keine Lobby.

Das ist etwas, was ich dem Herrn Maly auch sagen würde. Es ist nicht nur eine Frage der Kosten einer bestimmten Massnahme, sondern es ist natürlich eine Frage, welche Interessen stehen dahinter. Wenn hier gesagt wurde, es hat eine Reihe von sozialdemokratischen Justizministern gegeben, wieso ist da nicht mehr gemacht worden. Das ist eine sehr berechnete Frage. Ich versuche sie, ohne eine Ausrede zu finden, auf zwei Linien zu beantworten. Es gibt ein gewisses Manko an wirtschaftlichem Verständnis in Juristenkreisen, insbesondere auch im Justizministerium. Das beginnt beim Gesellschaftsrecht und endet bei diesen Dingen. Der Strafgedanke und der Gedanke der Moral spielt da eine sehr große Rolle. Auch die Sozialdemokratie ist davon nicht frei, eher kollektive Sicherungssysteme zu befördern. So wie viele in der Gesellschaft denken, wenn einer Schulden hat, in diese Schuldensituation kann er eigentlich nur hinein gekommen sein durch eigene Schuld, weil es heißt ja Schulden. Daher ist er Schuld dran. Diese Fehlmeinung findet man nicht nur in der Gesellschaft, sondern die findet man natürlich auch in einer Bewegung, die so stark auf kollektive Sicherungssysteme abgestellt hat. Das muss man selbstkritisch auch als Sozialdemokrat und auch für die Vergangenheit dieser Bewegung sagen, dass das sicherlich mit eine Rolle gespielt hat.

Ich habe vorhin eine Lanze für öffentliche Unternehmungen gebrochen. Dass vielleicht das eine oder andere auch den österreichischen Kreditinstituten durchgelassen wurde, mag damit zusammenhängen, dass manche von ihnen öffentliche Unternehmungen waren und dass die öffentliche Hand sehr ungern etwa gegen sich unternimmt, um das sehr salopp zu sagen. Ich traue mich das zu sagen, nachdem ich vorhin für öffentliche Unternehmungen plädiert habe. Aber diesen Nachteil, insbesondere was die Frage der Lobbytätigkeit betrifft, gibt es natürlich.

Spudich

Ein Stichwort habe ich noch auf meiner Liste, ohne Anspruch dass alles beantwortet wurde. Produktionscafés.

Schenk

In Deutschland und in Frankreich weiß ich ein paar Adressen, wo so was versucht wird oder auch schon gibt.

Spudich

Ich kann nur beisteuern einen Hintergrund. Da gibt es auf englisch ein Buch von Neil Gershenfeld. Das heißt FAB, personal fabricators. Er kommt aus dem MIT und erklärt sehr schön, was dahinter steht, nämlich dass sie diese Werkzeugmaschinen, die in den 90er Jahren am MIT noch ungefähr eine Million Dollar gekostet haben, um dort ein kleines Labor zusammenzubauen, derzeit ungefähr 20.000 Dollar kosten. Die haben solche Labors in Nigerien, Indien, Norwegen und sonstwo aufgestellt und zeigen dann, was Leute damit machen. Seine These ist, das wird alles so billig wie ein PC. Der Preisverfall wird ähnlich weiter gehen und dann gibt es das Produktionscafé. Das ist der technisch ökonomische Hintergrund dazu. Es war ein sehr spannender Abend. Ich habe meinerseits sehr viel von allen Wortmeldungen gelernt. Herzlichen Dank für Ihre Geduld, Ihre Teilnahme. Danke für die Teilnahme am Podium und guten Abend.